

OKTOBER 2024

➤ EAG BROSCHÜRE

# WIDER- SPRUCH & AUSSICHTEN

Texte zur Kritik des Antisemitismus

aktuali-  
sierte  
Version

# Inhalt

3 Einleitung

## Debatten in der deutschen Linken I - Gedenkpolitik

- 9 Aktuelle Debatten zum Shoah-Gedenken [EAG](#)  
12 Abwege der institutionalisierten Antisemitismusforschung – ein kritischer Nachtrag zur Hijacking-Memory-Konferenz von 2022 und darüber hinaus [Remo H. Kohlbrenner](#)  
15 Antisemitismus im deutschen Kunst- und Kulturbetrieb [Autonome Neuköllner Antifa](#)

## Debatten in der deutschen Linken II - Autoritäre Formierungen

- 17 Antisemitismus im Kontext linker und linksradikaler Mobilisierungen: Eindrücke und Analyse [jewish.resistance.alliance](#)  
20 Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Die Wortlosigkeit zur antiisraelischen Raumnahme [Mathias Wörsching](#)  
22 Stellungnahme zum Hijacking-Versuch des 9. November-Gedenkens 2022 durch linke Antizionist\*innen [EAG](#)

## Debatten in der deutschen Linken III - Nach dem 7. Oktober

- 25 „Enraged, I fight back!“ Über die Instrumentalisierung von Jin, Jiyan, Azadî durch vermeintliche Feministinnen nach dem 7. Oktober [Soma M. Assad](#)  
32 Redebeitrag „Damit aus der Menschheit noch etwas Vernünftiges werden kann“ [EAG](#)  
34 Rede bei der Kundgebung „Gegen Antisemitismus und Islamismus“ [Gruppe 8. Mai Berlin](#)  
36 Bleib modern. Der moderne Antisemitismus und seine islamisch geprägten Formen [René Haack](#)



# Impressum

Emanzipative & Antifaschistische Gruppe (EAG Berlin)  
c/o Buchladen zur schwankenden Weltkugel  
Kastanienallee 85, 10435 Berlin

Internet: [www.eag-berlin.tem.li](http://www.eag-berlin.tem.li)  
Mail: [eag-berlin@riseup.net](mailto:eag-berlin@riseup.net)  
Facebook/

Instagram: EAG Berlin  
Illustrationen: EAG Berlin  
Überarbeitete 2. Auflage  
Stand: Oktober 2024  
Auflage: 500 Stück

Die einzelnen Beiträge spiegeln die Meinung der Autor\*innen wider.

Uns ist bewusst, dass die Mehrzahl der von Einzelpersonen verfassten Texte aus der Feder männlicher Autoren stammt. Bei jenen Texten, deren Autor\*innenschaft bei Gruppen liegt, ist das Geschlechterverhältnis durchaus deutlich anders gewichtet, was wir hiermit transparent machen wollen. Es bleibt aber bei der (Selbst-)kritik: den patriarchalen Verhältnissen, die sich auch darin ausdrücken, dass deutlich mehr cis-Männer zu den Themen dieser Broschüre publizieren und in der Öffentlichkeit stehen, haben wir bei der Suche nach Autor\*innen nicht genug entgegen gesetzt.

# Die Zeiten werden härter.

Bei dem vorliegenden Heft handelt es sich um die zweite, überarbeitete Auflage unserer Broschüre „Widerspruch und Aussichten“ aus dem Jahr 2023. Das antisemitische Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 fiel mitten in den Bearbeitungszeitraum und hat notwendigerweise zu inhaltlichen Änderungen bzw. Erweiterungen geführt. Wieder aufgenommen wurden Beiträge zu den Debatten der letzten Jahre um Antisemitismus in der deutschen Linken, die wir weiterhin als aufschlussreich für die gegenwärtige Situation erachten. Neu hinzugekommen sind die folgenden beiden Artikel: „[Kosmopolitische Linke statt antizionistische Querfront](#)“ der Gruppe 8. Mai Berlin und ein Artikel zur [Instrumentalisierung der Parole „Jin, Jijan, Azadi“ durch vermeintliche Feministinnen nach dem 7. Oktober 2023](#) von Soma M. Assad. Schließlich steht hier anstelle eines Intros ein umfangreicherer Einleitungsartikel von uns, in dem wir versuchen auf einzelne Komplexe der sich dynamisch entwickelnden Gesamtlage seit dem 7. Oktober kritisch einzugehen.

Über die Brutalität des Massakers vom 7. Oktober ist ebenso viel geschrieben und gesagt worden, wie sie an anderer Stelle aus politischer Instrumentalität beschwiegen, gerechtfertigt oder verleugnet wird. Auf ihre Grausamkeit können die Hamas-Kämpfer allerdings kein Patent anmelden. Nicht nur die IS-Terroristen haben es in Sachen sadistischer Gewaltlust vorgemacht. Massiv enthemmte Gewalt jenseits kriegerischer Rationalität lässt sich, das zeigt der wahllose Griff in die Geschichte, in unzähligen Kriegen und Konflikten ausmachen: Militärdiktatur in Chile, Völkermord in Ruanda, Drogen-

krieg auf den Philippinen, Völkermord an den Armenier\*innen usw. Was aber das Hamas-Massaker neben der antisemitischen Intentionalität, wenn man so will, einzigartig macht, ist eine weltweite antisemitische Solidarität: das Massaker feiernde Pulks auf der Straße, ein auf Tiktok trendender antisemitischer Brief von Osama bin Laden, der Wunsch nach einem „deutschen Führer, einem Krebsheiler“, Angriffe auf Synagogen und jüdische Menschen, massenhaft Proteste an US-amerikanischen und deutschen Universitäten, bei denen sich Berichte über antisemitische Vorfälle und Sympathiebekundungen für Islamisten häufen, israelsolidarische Orte, die von „linken“ Freund\*innen der Hamas mit dem roten Dreieck feindmarkiert werden, und die Liste geht weiter. Die antisemitische Dimension des „Nahostkonflikts“ findet ihr vielfaches Echo in dessen weltweiter antisemitisch verklärter Wahrnehmung und Verarbeitung. In dieser Hinsicht stellt die aktuelle Eskalation im Nahen Osten nur einmal mehr den ersehnten Auslöser für die enthemmte Freilassung des antisemitischen Affekts dar. Ein Affekt, der nicht nur von existenzieller Gefahr für das Leben von Jüdinnen und Juden ist, sondern auch die ganze angestaute und unverdaute Destruktivität des kapitalistischen Krisenprozesses ausspuckt. Parallel zu diesem aktuellen Ausbruch des kollektiven antisemitischen Wahns herrscht in Gaza und Israel ein realer Krieg. Der jüdische Staat ist gezwungen, sich mit Waffengewalt gegenüber Angriffen der Hamas, der Hisbollah und der Mullahs im Iran zu verteidigen und trägt als Kriegspartei Mitverantwortung für zehntausende Tote und eine humanitäre Katastrophe im Gazastreifen. Hinzu kommt

der gesellschaftliche Machtzuwachs von Nationalreligiösen, Ultraorthodoxen und Rechtsextremisten in der israelischen Gesellschaft, deren Rassismus und territoriale Begehrlichkeiten einer eigenen Kritik bedürfen. Zunächst aber einige Anmerkungen zum Verhältnis von Hamas und Zivilbevölkerung und dessen ideologisch opportunem Wahrnehmungswandel.

## [Hamas & Zivilbevölkerung - Realität und Funktion der Unterscheidung](#)

Als die Ende Januar 2024 von der israelischen Regierung erhobenen Vorwürfe gegen das palästinensische UN-Hilfswerk aufgrund deren Verstrickung mit der Hamas von dem UNRWA-Generalkommissar Philippe Lazzarini wie folgt kommentiert wurden, brachte er die – oft verleugnete, verdrehte und umgewertete – Realität in Gaza nonchalant auf den Punkt: „Unsere Mitarbeiter sind Teil des sozialen Gefüges von Gaza und seines Ökosystems. Und Teil des sozialen Gefüges in Gaza ist auch die Hamas“.

Das war der zweite Realitätsschock nach dem 7. Oktober. Hatte dieser doch zunächst zu einer ausschließlichen Fokussierung auf die Hamas geführt. Eine Exzeptionalisierung, die – so lässt sich unterstellen – auch einem Entlastungsbedürfnis folgte und moralisch betrachtet mit einem einfachen Ausweg aus der komplexen Gemengelage kokettierte: Als Terrororganisation, die Israelis angreift und Palästinenser\*innen unterdrückt, bot sie sich in der bürgerlichen Öffentlichkeit zeitweilig zur Externalisierung des „Nahostkonflikts“ an. Je weiter aber der 7. Oktober in die Ferne rückte, die Entlastungsnotwendigkeit abnahm, desto mehr verschwand auch die Hamas aus dem Auf-

merksamkeitsfokus, und wird zuweilen wieder eins mit dem „palästinensischen Volk“. So ist stattdessen viel häufiger die Rede von einem Krieg, den Israel gegen die Palästinenser\*innen führt, der Kampf gegen die Terrororganisation verkommt zum fadenscheinigen Vorwand israelischer Aggression. Angesichts der seit einem Jahr standhaltenden Verteidigungsfähigkeit der Hamas gegen einer der „besten Militärstreitmächte der Welt“, ist das immerhin bemerkenswert.

Der Bericht über die UNRWA-Verstrickungen jedenfalls, der schockierte, weil er die zuvor gezogene strikte Trennung von Hamas und Zivilbevölkerung fraglich machte, ist so überraschend eigentlich nicht. Denn von der „Gaza-Metro“ (dem schätzungsweise 700 km langen Tunnel-system, inkl. Fahrstühlen, Treppen, Waffenlagern, Strom- und Wasserversorgung kreuz und quer durch die zivile Infrastruktur, Schulen, Moscheen, Krankenhäuser und UNRWA-Quartiere erbaut) wusste man selbstverständlich nicht erst seit dem Einmarsch der israelischen Armee nach dem 7. Oktober. Und dass die Errichtung und Funktionalität eines solchen Systems, zumal wenn es unter den eigenen vier Wänden verläuft, gegenüber der ansässigen Bevölkerung nicht gerade im Verborgenen vorstatten geht, sondern Mitwisserschaft bis Mitarbeit voraussetzt, dürfte evident sein. Eine „Kooperation“, die sich auch aktuell fortsetzt: Nicht nur werden von der Zivilbevölkerung keine Informationen gesteckt, es gibt auch „zivilgesellschaftliche Unterstützung“ bei der Geiselunterbringung. Der Fluchtversuch einer Geisel scheiterte, weil sie von Zivilist\*innen gefasst und der Hamas zurückgebracht wurde.

Zwar regiert die Hamas in Gaza mit brutalster Gewalt, dass sie aber im Jahr 2006 ursprünglich als Sieger aus freien Wahlen hervorgegangen ist, ist auch darum noch zu erwähnen, weil laut jüngsten Umfrageergebnissen ihre Zustimmungswerte in der Zivilbevölkerung nach dem 7. Oktober sogar noch gestiegen sind. Laut dem PCPSR-Institut mit Sitz in Ramallah ist die Unterstützung für die Hamas im Gazastreifen auf 57% gestiegen, was einem Anstieg von 15 Prozentpunkten entspricht, während sie im Westjordanland um 11 Punkte auf 33% gesunken ist. Die

Zustimmung für den Überfall der Hamas vom 7. Oktober liegt bei 72% der befragten Palästinenser, mit 82% im Westjordanland und 57% im Gazastreifen. Bemerkenswert ist, dass 85% der Befragten angaben, keine Videos gesehen zu haben, die Gräueltaten der Hamas gegen israelische Zivilisten am 7. Oktober zeigen und nur 7% zustimmen, dass die Hamas diese Gräueltaten begangen hat.

Die Sympathiebekundungen und Leugnung der Gewalt durch weite Teile der Zivilbevölkerung zeigen, wie tief der Antisemitismus in ihr verankert ist. Diesen einfach reaktiv aus den politischen Spannungen in der Region, dem Besitzkampf um Land oder den Armutsverhältnisse in Gaza herzuleiten, ist nicht nur falsch, es bedeutet stets, das, was eigentlich problematisiert werden müsste, zu relativieren: Den in der palästinensischen Zivilbevölkerung weit verbreiteten und staatlich geförderten Antisemitismus eliminatorischer Couleur, der sich nicht einfach auf die Hamas abschieben lässt: Das palästinensische Bildungssystem erzieht Kinder zu Antisemit\*innen, indem vom Geschichts- bis zum Mathematikunterricht antisemitische Verschwörungserzählungen verbreitet und Dschihad und Judenmord glorifiziert werden. Und die so Großgewordenen werden hernach mit einem staatlichen Anreizsystem (den sogenannten Märtyrerrenten, mit denen die Familien von verstorbenen oder inhaftierten Terroristen lebenslang finanzielle Unterstützung erhalten und entlassene Häftlinge mit Arbeitsplätzen im staatlichen Sektor belohnt werden) zu Mord und Terror aufgerufen.

Dieses Problem in seiner ganzen Tragweite zu realisieren, heißt selbstverständlich nicht, zu behaupten, alle Palästinenser\*innen seien Antisemit\*innen. Es heißt auch nicht, Hamas und Zivilbevölkerung gleichzusetzen, denn terroristische Regime wie die Hamas unterdrücken jede Art von Opposition mit äußerster Gewalt. Das hat man bei dem Vorgehen gegen die Anti-Regime-Protteste „We Want to Live“ 2019, bei den Demonstrationen der „Alvirus Alsakher“-Bewegung 2023, gegenüber dem oppositionellen Gaza Youth Committee und den aktuellen Anti-Kriegs-Protessen gesehen. Das Gaza Youth Committee richtet sich z.B. mit Aktionen wie dem „Ride for Peace“ in Israel und Gaza ganz explizit gegen die existen-

zielle Feindschaft zu Israel; in den Augen der Hamas sind sie damit Verräter\*innen der palästinensischen Sache. Aber auch die ansonsten stark von der Jugend getragenen unpolitischen Straßen- und Onlineproteste gegen die schlechten Lebensbedingungen, Gewalt, Arbeits- und Bildungslosigkeit, zeigen, dass vielen Menschen in Gaza ihr Leben wichtiger ist, als der völkisch-märtyrerische Endkampf gegen Israel - zumindest implizit sind daher auch diese Proteste als Bruch mit dem antisemitischen Konsens zu verstehen.

### Krieg & Humanitäres Leid

Krieg und humanitäres Leid sind aktuelle Realitäten in Gaza und Israel, die gleichzeitig zu Kampfbegriffen der antisemitischen Weltöffentlichkeit geworden sind. Die ständig bemühten Begriffe Apartheid, Genozid, Kriegsverbrechen zeigen, ganz unabhängig davon, dass sie zum Verständnis der Sache wenig beitragen, ihre Wirkung. Was dagegen zutrifft, ist, dass es einen Krieg gibt, dessen Beginn inzwischen schon ein Jahr zurückliegt. Die Infrastruktur und Städte im Gazastreifen haben massive Zerstörungen erlitten. Laut dem UN-Satellitenzentrum UNOSAT sind etwa 63% der Gebäude im Gazastreifen beschädigt oder zerstört worden. Seit Beginn des Krieges wurden nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza bis zum 8. September 2024 über 40.972 Palästinenser getötet und etwa 58.416 verletzt. Etwa 1,9 Millionen Menschen im Gazastreifen (von einer Gesamtbevölkerung von 2,1 Millionen) sind intern vertrieben und leben unter prekären Bedingungen. Die Gesundheitsversorgung ist katastrophal, mit 84% der Gesundheitseinrichtungen beschädigt oder zerstört. Nur ein Bruchteil der Krankenhäuser ist noch teilweise funktionsfähig, während es an Medikamenten und medizinischen Hilfsgütern mangelt. Darüber hinaus droht oder gibt es – da gehen die Meinungen je nach politischem Kalkül auseinander – eine Hungersnot. Kurz: Es herrscht eine durch Krieg bedingte humanitäre Katastrophe. Der Krieg steht, wenig überraschend, wie kein anderer im Fokus der weltweiten Aufmerksamkeit. Die antizionistische Front überzieht schon seit bzw. vor Beginn der militärischen Gegenoffensive Israel mit Genozidvorwürfen und ist inzwischen auch dazu übergegangen, alle möglichen inter- und supranationalen

politischen und juristischen Organisationen für die antizionistische Agitation zu bemühen. Inzwischen sieht sich auch die bürgerliche und linke Israelolidarität ob dieser normativen Kraft des Faktischen und wegen der zunehmenden Zerstörung und dem Sterben in Gaza vor große Ambivalenzen gestellt. Wurde hier zu Anfang vor allem das Selbstverteidigungsrecht Israels beschworen, mehren sich nun die Waffenstillstandsforderungen und das Anprangern der israelischen Kriegsführung. Auch die Forderung nach einer Zwei-staatenlösung wird, wenn auch nicht unbedingt mit dem nationalistischen Eifer ‚antiimperialistischer‘ Antizionist\*innen, so doch irgendwie als die progressive Alternative, aus dem ganzen Schlamassel rauszukommen, beschworen.

Waffenstillstandsforderungen sind aus humanitären Gründen mehr als nachvollziehbar. Wer die „Bilder aus Gaza“ einfach runterschluckt, hat sich eines zivilisatorischen Minimalbewusstseins und des menschlichen Mitgefühls rassistisch entledigt. Aber gleichzeitig sind die „Bilder aus Gaza“ immer schon antisemitisches Propagandamaterial. Und zwar nicht so, dass es die Agitatoren\*innen erst hineinlegen müssten. Der in den Köpfen und Herzen wabernde Antisemitismus besorgt das von ganz allein. So löst das humanitäre Leiden der Palästinenser\*innen schon immer, im Vergleich zu allem anderen Leid, das Menschen auf dieser Welt und in verschiedenen kriegerischen Auseinandersetzungen widerfährt, einen derart heftigen, sich jeglicher Einordnung widersetzenden Affekt aus, der sich nicht allein aus der Sache selbst erklärt. Diese „moralische Asymmetrie“ (Robert Kurz), geht letztlich auf den Antisemitismus selbst zurück: „Es gibt für ein bestimmtes kollektives Unbewusstes offenbar einen Skandal, der größer ist als Unterdrückung, Krieg und Gewalt schlechthin, nämlich den Skandal der Existenz Israels als schwer bewaffneter Macht. Dass es Juden sind, die ihre Feinde bombardieren und aus Panzerkanonen beschießen, erzeugt anscheinend eine andere Qualität des moralischen Ekels, die sich weit vor jeder historischen Einordnung des Konflikts manifestiert.“

Der scheinbar so unmittelbare und ungeschuldige, aber in Wirklichkeit antisemi-

tisch vermittelte Affekt, will im Krieg nur und nichts anderes als den Bösen Juden sehen (Kindermord und Kriegsverbrechen) und verweigert sich jedem Bedingungs-zusammenhang (hier ganz konkret des 7. Oktobers). Diese Erkenntnis soll selbstverständlich nicht abgeschmackt dafür erhalten, realpolitische Spielräume für einen zeitweisen Waffenstillstand zu leugnen, oder überblenden, dass es auch in der israelischen Gesellschaft, die der Regierung vorwirft, die Geisel-Befreiung nicht zu priorisieren, solche Forderungen gibt. Aber wer aus unbedingtem Pazifismus Waffenstillstand fordert, muss sich die Frage gefallen lassen, für wen er unparteiisch Partei ergreift. Dass die Hamas auch nach vielen Monaten des Krieges noch nicht besiegt ist, zeigen jüngste Entwicklungen deutlich. So gab die Terrororganisation bekannt, israelische Geiseln zu töten, sollten sich israelische Truppen nähern. Darüber hinaus gelang es der Hamas trotz massiver Verluste, neue Kämpfer zu rekrutieren. Nach israelischen Geheimdienstinformationen sollen etwa 3.000 neue Mitglieder in die Reihen der Organisation aufgenommen worden sein.

Ähnlich verhält es sich mit der allseits geäußerten Kritik an der israelischen Kriegsführung. Auch hier wird mit verdächtiger Gewissheit, die ganze Schuld für das Elend des Kriegs in der Monstrosität des Vorgehens des israelischen Militärs ausgemacht – Mittel der Wahl, um die grundsätzliche Delegitimierung des militärischen Kampfes gegen die Hamas in einem akzeptierten Diskursraum zu betreiben. Es geht nicht darum umgekehrt der israelischen Kriegsführung einen Persilschein auszustellen. Ohne Militärexpert\*innen zu sein und das auch nicht werden zu wollen, kann man wohl sagen und kritisieren, dass z.B. die anfängliche Abschaltung von Strom, Treibstoff und Wasser eine illegitime Racheausübung war. Dass darüber hinaus zu unterstellen ist, dass zumindest in Teilen des Militärs eine nationalistisch oder rassistisch motivierte Rücksichtslosigkeit vorherrscht, auf deren Konto einige zivile Opfer gehen dürften. Zudem ist eine Skepsis angebracht, ob dies in der durch den Krieg ‚geintert‘ israelischen Gesellschaft problematisiert und aufgearbeitet werden wird. Aber in der üblichen „Kritik“ an der israelischen

Kriegsführung ist alles, d.h., auch das, was nun mal ‚normale‘ Kriegsrealität ist (Knappheit an Hilfsgütern und Lebensmitteln, die wiederholt zur Umsiedlung gezwungene Zivilbevölkerung, Leid und Tod) Ausdruck eines besonderen Verschuldens des israelischen Militärs. Und so werden eifrig und einseitig Beweise gesammelt, die diese Schuld belegen sollen. Nasser- oder Al-Schifa-Krankenhaus, „Mehl-Massaker“, dumme Bomben, Rafah, Chan Yunis, laufend aktualisierte Todeszahlen usw., über keinen anderen Krieg gibt es so viel namentliche Kenntnis und Interesse an den kriegerischen Einzelheiten, die gleichzeitig so wenig zur Aufklärung beitragen. Die Informationen dienen vielmehr der Desinformation. Systematisch wird ausgeblendet – oder nur pflichtschuldig erwähnt, ohne in die Beurteilung einzufließen –, dass die Hamas aus der Zivilbevölkerung agiert, dass es sich um einen Militäreinsatz gegen eine Terrormiliz handelt, die keine erkennbare, sich eindeutig von der Zivilbevölkerung unterscheidende Militärgruppierung ist. Wer aber davon abstrahiert und mit Verweis auf die hohen Opferzahlen (wir verzichten an dieser Stelle auf das unmoralische Vergleichsgeschäft mit den Zahlen) das militärische Vorgehen für illegitim erklärt, legt moralische Maßstäbe an den israelischen Staat an, die von keinem anderen Staat der Welt gefordert würden. Denn was Israel gegen den Feind Hamas, Hisbollah und ihren Protektor Iran zu verteidigen hat, sind im Kern keine „gewöhnlichen kapitalistischen Interessen“ oder „territorialen Ansprüche“, sondern seine schlichte Existenz. „Deshalb ist der Krieg gegen Hamas und Hisbollah“, wie Robert Kurz in Bezug auf die Jahre 2006 ff. schreibt, „auch nicht allein darauf zurückzuführen, dass rechtskonservative, nationalistische, ‚bellizistische‘ ... Parteien die Regierung stellen, wie nicht nur antiisraelische Linke suggerieren möchten. Jede israelische Regierung, auch eine linksdemokratisch geführte ... hätte derselben Staatsräson nachkommen müssen, für die weder der Raketenbeschuss und die islamistische Aufrüstung an den Grenzen akzeptabel ist noch Hamas und Hisbollah anerkennungsfähig sein können. Dann könnte Israel nämlich gleich das Postulat seiner Vernichtung als eine Position im Rahmen der allgemeinen Meinungsfreiheit und des Aushandelns anerkennen.“

Nun kann man darüber streiten, ob der 7. Oktober eine solche „kleine“ Vernichtungstat war oder ob er nicht stärker vom strategischen Interesse motiviert war, angesichts der Normalisierung Israels Verhältnis mit den arabischen Nachbarstaaten das Thema Palästina wieder auf die globale Tagesordnung zu setzen. Der antisemitischen Ideologie der Akteure nach wäre auch das aber wiederum nur Mittel zum Zweck der Vernichtung. Jedenfalls würde in jedem anderen denkbaren Fall, wo sich ein Staat einer politischen Feindkonstellation gegenüber sieht, die seine Auslöschung zum Ziel hat, die militärische Zerschlagung derselben als schlichte Notwendigkeit und nicht vorrangig in den Kategorien Rache, Mordlust und Zerstörungswut betrachtet werden. Es ist daher auch nur allzu bequem, wenn die israelische Gegenoffensive gegen die „ Hamas-Barbarei“ damit abgeurteilt wird, dass sie der (extrem) rechten Regierung (die zurzeit ja eine, wenn auch immer noch rechtslastige, Einheitsregierung ist) zugeschrieben wird. Zur Kritik der israelischen (extremen) Rechten, weiter unten. Wenn man nun nach der „Beweisat“ vom 7. Oktober – was eine gleichzeitige Kritik der Kriegsführung nicht ausschließt – nicht am grundsätzlichen Ziel der militärischen Zerschlagung der Hamas festhält, läuft das auf ein Eingeständnis mit den Verhältnisse hinaus, die den 7. Oktober möglich gemacht haben und nimmt nollens volens auch die Möglichkeit seiner Wiederholung in Kauf.

Bleibt noch was zur Zweistaatenlösung zu sagen, die als Lösung des Nahostkonflikts im Angesicht des aktuellen Kriegs mit den unterschiedlichsten politischen Vorstellungen vereinbar scheint. Aber vor allem an die Adresse der linken Sympathisant\*innen, und nicht unbedingt (nur) an diejenigen, die den nationalen Befreiungskampf noch vor jedem politischen Inhalt für unbedingt unterstützenswert erachten: Wie sähe ein Staat der Palästinenser\*innen aus? Eine für die Kapitalverwertung überflüssige Gruppe, ohne politische Führung, die an realpolitischen Verhandlungen mit Israel ernsthaft interessiert wäre und ohne Aussicht auf eine solche, stattdessen einst Propagandamittel des Panarabismus, heute des Panislamismus. Dass da im besten Fall etwas anderes als ein nach innen autoritär-islamisch

geführter und mit einem antisemitischen Blitzableiter nach außen aufwartender neuer Failed State herauskommen würde, ist zu bezweifeln. Dass das kein linkes Anliegen sein kann, ist dagegen nicht zu bezweifeln.

### Rechte & Nationalisten in Israel

Von einer Rechtsentwicklung in Israel kann man großzügig seit Anfang der 1980er Jahre sprechen. Seit 2009 regiert die Likud-Partei unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu Israel. Mit ihrer Kombination aus rechtsextremen und ultra-konservativen national-religiösen Koalitionspartnern gilt die im Dezember 2022 vereidigte Regierung als die ‚rechtteste‘ und religiöseste seit der Staatsgründung Israels (siehe dazu: Neugröschel, in der 1. Auflage dieser Broschüre). Aufgrund ihrer geplanten und letztlich auch umgesetzten Justizreform im letzten Jahr war die Regierung über Monate hinweg mit massiven Protesten der Bevölkerung konfrontiert. Auch vor dem Überfall der Hamas im letzten Oktober haben sich Politiker\*innen vor allem der national-religiösen Liste immer wieder mit rassistischen Äußerungen gegenüber Palästinenser\*innen, in Israel lebenden Araber\*innen (und in Israel nach Asyl suchenden Geflüchteten) hervorgetan. Die aktuellen Massenproteste im Kontext des Krieges, die die Frage der Geiseln und die humanitäre Situation in Gaza in den Fokus rücken, haben augenscheinlich große personelle Überschneidungen mit der vorigen Demokratiebewegung gegen die Justizreform. Sie stehen damit im Widerspruch zur Kriegsstrategie der Regierung, die die Vernichtung der Hamas gegenüber der Geiselnbefreiung priorisiert.

Nach dem 7. Oktober waren es zum Teil dieselben Politiker\*innen, deren Äußerungen zur Zukunft des Gaza-Streifens und zur Kriegsführung in den letzten Monaten weite mediale Aufmerksamkeit fanden. Aussagen, die in brutaler Sprache offen Überlegungen zur Tötung großer Teile der Bewohner\*innen des Gaza-Streifens oder zur massenhaften Umsiedlung derselben preisgaben. Sie bezogen sich nicht auf die Hamas, sondern ohne Unterscheidung auf alle Bewohner\*innen des Gaza-Streifens, können also als schlicht rassistisch begründet verstanden werden. Ein Beispiel unter vielen lieferte

etwa jüngst der rechtsextreme israelische Finanzminister Bezalel Smotrich im August 2024 mit der Äußerung, es sei moralisch gerechtfertigt, die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen verhungern zu lassen, um die Freilassung der von der Hamas verschleppten Geiseln zu erzwingen. Von Regierungsseite wird immer wieder betont, dass rassistische Äußerungen und Umsiedlungspläne nicht die offizielle Position der Regierung wiedergeben würden. Zwar ist nicht davon auszugehen, dass die Rechten ihre Vertreibungsphantasien verwirklichen können, was sich Israel allein aus außenpolitischen Gründen nicht leisten könnte, gleichzeitig ist aber anzuerkennen, dass sie ihre politische Macht stark ausgebaut und abgesichert haben und in Zukunft, allein aufgrund des unproportionalen Bevölkerungswachstums der Haredim, noch weiter tun werden. Das bedeutet wohl auch, dass der völkische Wahnsinn der Siedlerbewegung, die in der Westbank schon länger eine von der Regierung mehr oder weniger gebilligte aggressive Vertreibung der Palästinenser\*innen betreibt, in Zukunft nicht weniger Ausbreitung findet. Es bleibt darauf zu hoffen, dass der liberal-säkulare Teil der israelischen Gesellschaft stand halten kann und sich diese nicht zum veritablen Spiegelbild des völkisch-religiös fundierten palästinensischen Nationalbewusstseins auswächst. Der Aufstieg der Rechten in Israel stellt allerdings keine Exklusivität dar, sondern folgt einem internationalen Muster: Ob USA, Brasilien oder Indien, der Erfolg der extremen Rechten verdankt sich in allen genannten Fällen einer neuartigen Synthese von Nationalität und Religiosität (Weiß, 2023). Statt hier das Besondere zu skandalisieren, oder, wie es die Feinde Israels gerne tun, der Grund für den unmöglichen Frieden zwischen Israelis und Palästinenser\*innen zu suchen, ist daher die Entwicklung in Israel als Teil der globalen Autoritarisierung zu kritisieren.

### Die Rezeption des 7. Oktober in feministischen Kontexten

Von einer realitätswahrnehmungsgestörten Sichtweise auf die Ereignisse in Israel und Gaza geprägt, war die Rezeption der antisemitischen und misogynen Gewalt des 7. Oktobers, die in weiten Teilen der sich als links begreifenden Szene von Zustimmung über Rechtfertigung hin zu

Schweigen reichte. Besonders auffällig war, dass es – trotz der unmittelbar nach dem Hamas-Massaker kursierenden Videos von Gewalt an vornehmlich jungen Frauen – relevanten Teilen der feministischen Szene gelang, nicht nur die antisemitische Dimension der Tat auszublenden, sondern die Taten gar zu rechtfertigen und die sexualisierte Gewalt zu leugnen. So soll im vorliegenden Abschnitt am Beispiel feministischer Kontexte die Auseinandersetzung mit dem 7. Oktober innerhalb der radikalen Linken betrachtet werden. Warum die teils aus islamistischen Kreisen übernommenen Narrative so erfolgreich in feministische Kontexte übernommen wurden, wurde teils schon in den Texten der vorliegenden Ausgabe angerissen.

Ein prominentes Beispiel ist die Alliance of Internationalist Feminists (AIF) Berlin, die in den vergangenen Jahren die jährlich größte feministische Demo zum 3. März organisierte. Sie schreibt zu sexueller Gewalt durch die Hamas am 7. Oktober, dass es sich um von der „israelischen Besatzungspropaganda“ verbreitete »Behauptungen« handele, um „die von der israelischen Besatzungsmaschinerie begangenen Massaker zu verschleiern«, weswegen der »legitime Widerstand« des »palästinensischen Volkes« verzerrt dargestellt würde.<sup>1</sup>

Ebenso argumentierte Judith Butler, wichtige\*r Vertreter\*in queerfeministischer und poststrukturalistischer Theorie, im März 2024 bei einer Veranstaltung in Paris. Ob es sexuelle Gewalttaten gegeben habe, müsste erst noch bewiesen werden, meinte Butler mit Skepsis – und das, nachdem es bereits unzählige Videos, Augenzeug\*innenaussagen und Berichte von Betroffenen öffentlich wurden. Einen Tag nach dieser Aussage erschien am 4. März 2024 ein Bericht der UN-Sonderbeauftragten für sexualisierte Gewalt in Konflikten von März 2024<sup>2</sup>. Nach der Sichtung von mehr als 5.000 Fotos und 50 Stunden Videoaufnahmen bezeugt dieser die Existenz „klare[r] und überzeugende[r] Informationen darüber, dass sexuelle Gewalt, einschließlich Vergewaltigung, sexualisierte Folter, grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung gegen Geiseln verübt wurde“ und der vielfachen Vergewaltigungen und

Gruppenvergewaltigungen und anschließende Tötungen von Frauen unter anderem auf dem Nova Festival und in dem Kibbuz Be’eri. Selbst wenn man also die Forderung Butlers einer Beweisspflicht für Betroffene sexueller Gewalt, die im Übrigen nur jüdischen Betroffenen auferlegt wird, ernst nimmt, erscheint sie im Kontext der bestehenden Informationslage wie eine willentliche Leugnung des Geschehenen oder eine durch den antisemitischen Wahn Butlers völlig verklärte Wahrnehmung von der Wirklichkeit.

Auch die Gruppe Zora beispielsweise bezog sich in ersten Statements – in Abgrenzung zur Hamas – positiv auf die ebenso am 7. Oktober beteiligte PFLP. Zora und weitere, sich ähnlich äussernde, Gruppen können hier an eine weit verbreitete queerfeministische, postkoloniale und antiimperialistische Theorie und Praxis anknüpfen, die sich häufig in einem dichotomen Weltbild von Unterdrücker\*innen und Unterdrückten bewegt. Antisemitismus wird darin meist unter Rassismus als eine Diskriminierungsform subsumiert oder Jüdinnen\*Juden gleich als „weiß“ und damit nicht als Unterdrückte definiert. Obwohl Zora sich nicht durch einen identitätspolitischen Politikzugang und Stil auszeichnet, ist ihr Antisemitismus damit ebenfalls anschlussfähig aus einer Logik, in der Sprechort oder soziale Positionierung das Mittel der Argumentation ersetzen und in welcher Universalismus zu Gunsten von Kulturrelativismus aufgegeben wird. All dies führt dies erfahrungsgemäß zu einer Entsolidarisierung mit Jüdinnen\*Juden. Dass tonangebende (queer)feministische Akteur\*innenvorne dabei sind, wenn sexualisierte Gewalt geleugnet wird, und eine oftmals die Grenze zur Hamas-Unterstützung überschreitende Palästina-Solidarität betreiben, ist eine alarmierende Entwicklung. Sie verstellen damit in vielerlei Hinsicht den Blick auf die realen Entwicklungen in Israel und Gaza, auf die dortigen politischen Ambivalenzen, vor allem aber auf Möglichkeiten der Konfliktlösung.

### Fazit

Es bleibt kompliziert und die Voraussetzungen für eine emanzipatorische Linke, die auch den (israelbezogenen) Antisemitismus in den Blick nimmt, sind

schwieriger denn je. Die aktuelle weltweite Pro-Palästinensische Bewegung wird eine Generation von Linken prägen, deren Perspektive nicht mehr das gleichberechtigte Zusammenleben Israels mit seinen Nachbarn und - unter den wenn auch erstmal nicht gegebenen richtigen Voraussetzungen - auch einem palästinensischen Staat ist, sondern die Auslöschung des staatlichen jüdischen Schutzraums „from the river to the sea“.

Was sich derzeit in Extremformen in den USA zeigt, ist in Abstufungen auch in der linken Szene Deutschlands zu finden. Um so wichtiger ist es, neben der Analyse, Alternativen zu diesem regressiven Trend aufzuzeigen und emanzipative Bündnisse zu schmieden. Mit dieser positiven Wendung wollen wir es nun belassen und wünschen eine anregende Lektüre.

Nun aber erstmal viel Spaß beim Lesen  
[Emanzipative & Antifaschistische Gruppe \[EAG Berlin\], Oktober 2024](#)

Über Anmerkungen, aber auch Kritik, freuen wir uns per Mail.

### Quellen:

- <https://jungle.world/artikel/2023/50/antisemitismus-gegen-israel-feminismus-auf-abwegen>
- <https://unric.org/de/un-schwerste-sexuelle-gewalt-gegen-frauen-bei-hamas-anschlag/>

GEGEN  
JEDEN  
ANTI-  
SEMITISMUS

Debatten in der  
deutschen Linken I  
**Gedenkpolitik**



# Aktuelle Debatten zum Shoah-Gedenken

In den letzten zwei Jahren wurde unter postkolonialen Vorzeichen in beinahe nahtlos aneinander anschließenden Vorstößen (Mbembe-Debatte, Plädoyer der Initiative GG 3.5 Weltoffenheit, Lancierung der Jerusalem Declaration of Antisemitism, Diskussion um Michael Rothbergs Konzept der multidirektionalen Erinnerung, Antisemitismusskandal der documenta fifteen und last but not least die Hijacking Memory-Konferenz, organisiert vom Zentrum für Antisemitismusforschung und dem Einstein Forum, veranstaltet im HKW) vehement eine Neujustierung des Gedenkens an den Holocaust eingefordert.

Von Emanzipative & Antifaschistische Gruppe

Der gemeinsame (latente) Tenor war stets, dass die Erinnerung an die Shoah als einem präzedenzlosen Verbrechen Opferkonkurrenzen schüre und sich das allzu sehr auf die Juden fixierte Gedenken gegenüber pluralen Geschichts- und Erinnerungszugängen öffnen müsse. Konkret galt dies vor allem der Interpretation des Holocaust (hier wurde sich für die geschichtswissenschaftliche These vom Holocaust als kolonialen Genozid stark gemacht) und der Auffassung vom Antisemitismusbegriff (der als spezifischer abgelehnt und als Form der Rassismus aufgebaut wurde). Wie Rothberg im Vorwort seines Buchs ausführt, ist das politische Ziel der Neuaushandlung des Gedenkens dabei auch, einer «anderen» Betrachtung des israelisch-palästinensischen Konflikts zum Durchbruch zu verfehlen.

Kurzum, diese Vorstöße stellen auch für unsere antifaschistische Gedenkpraxis, die den nationalsozialistischen Juden-

mord als singular begreift und auf der Spezifik des Antisemitismus beharrt, eine Herausforderung dar, der man sich stellen sollte. Denn genau diese Form des Gedenkens steht unter Beschuss, ausschließend zu sein, sich einem gerechteren und universalistischen Erinnerungsdiskurs zu verschließen und somit letztendlich, ob gewollt (also rassistisch motiviert) oder ungewollt, Gewaltverbrechen an anderen – nicht weißen Minderheiten – zu bagatellisieren. Zunächst ein paar Kritikpunkte an der in den letzten zwei Jahren von der linksliberalen Wissenschafts- und Kulturprominenz der BRD so eifrig betriebenen Kritik an der Erinnerungskultur – wie das NS-Gedenken hierzulande so schön heißt. Da sie zumeist von den immer gleichen Personen getragen wurde, lassen sich die zahlreichen Vorstöße als eine Kampagne begreifen. Das gemeinsame Band dieser Vorstöße ist der Vorwurf, Antisemitismuskritik und Shoah werden instrumentalisiert, um rassisti-

sche Gewalt zu legitimieren oder zumindest ignorieren zu können.

Zunächst einmal muss man festhalten, von wem diese Diskussionen eigentlich geführt werden: es ist der etablierte linksliberale Mainstream der BRD, der in Zeit, Spiegel, und anderen Leitmedien publizieren darf – und dem es regelmäßig aus Welt und FAZ, aber eben auch von Links zurückschallt. Die Standortbestimmung der Debatte ist insofern wichtig, als dass sie eine Entscheidung darüber mitbringt, wie man sie zu analysieren hat und um die für linksradikale Analyse gebotene kritische Distanz gegenüber Auseinandersetzungen, die innerhalb eines liberalen, staatstragenden Rahmens geführt werden, zu wahren. Die Debatte soll im Folgenden also vor dem Hintergrund gedeutet werden, dass es dabei um eine Neuaushandlung des nationalen Selbstbildes geht. Erinnerungspolitik war und ist in der BRD stets Mittel zum Zweck

der Rehabilitierung der deutschen Nation gewesen. Spätestens mit der Bundesgedenkstättenkonzeption von 1993 und ihrem Kernsatz der Erinnerung an die »beiden deutschen Diktaturen« ist das NS-Gedenken im wiedervereinigten Deutschland zur staatstragenden Doktrin geworden. Nach der totalen Niederlage im 2. Weltkrieg war die Übernahme der besonderen Schuld einst die Voraussetzung für das deutsche Kollektiv, wieder in den Reigen konkurrierender Nationalstaaten aufgenommen zu werden. Auschwitz wurde, wie Aleida Assmann es zustimmend formuliert, zum »negativen Gründungsmythos der BRD« funktionalisiert. Somit ist das Gegenteil dessen eingetreten, was Horkheimer einst als die »einzig wahrhafte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit« bezeichnet hatte, nämlich den »notorischen Zusammenhang zu kündigen«. Stattdessen haben die Deutschen in der eifrigen Aufarbeitung ihrer einzigartigen Vergangenheit ihre verloren gegangene nationale Größe wiederentdeckt. Als »nationale Wiedergutwerdung« hat Eike Geisel bereits in den 1980er Jahren mit seinen Polemiken gegen den Geist des beginnenden Erinnerungsbooms angeschrieben, der zeitlich einherging mit wachsendem Rassismus und dem Erstarken des Nationalbewusstseins. Resistent gegenüber jeder Aufklärung über die eigene Vergangenheit, aber mit pädagogischem Eifer dabei, sie zu bewältigen, sei das, was die Deutschen da als Erinnern betreiben, die höchste Form des Vergessens, so Geisel.

Gegenwärtig aber scheint das Narrativ – also die Anerkennung von Schuld und Verantwortungsübernahme für die Shoa und weitere NS-Verbrechen – das einst die Voraussetzung für eine Normalisierung der deutschen Nation nach 1945 war, Deutschland jetzt zum Hemmschuh zu werden: in der Debatte um multidirektionale Erinnerung wurde es als unzeitgemäß, verengt, provinziell oder partikularistisch bezeichnet, weil es dem Einwanderungsland mit pluralen Erinnerungen und Geschichten nicht gerecht werde. Hat Erinnerung vor allem Identitätsfunktion, ist es natürlich folgerichtig, dass gegenwärtig eine Anpassung der Erinnerung gefordert wird.

Es ist aber aufzuzeigen, dass es dabei nicht (allein) um die Einforderung historischer Gerechtigkeit geht, auf andere Opfergruppen und Gewaltverbrechen aufmerksam zu machen, sondern mit der Anrufung an den Staat als Repräsentationsinstanz um eine affirmative, letztlich um das nationale Selbstbild bekümmerte Forderung geht. Deutschland sucht den Anschluss an den Diskurs linksliberaler Eliten westlicher Industriestaaten, wo Postmoderne und Postkolonialismus, zumindest auf symbolischer, also akademischer Ebene, inzwischen tonangebend sind. Bei kaum einer anderen wird das so deutlich wie bei Aleida Assmann, die 2020 in ihrem »mutigen« Buch ihr Bekenntnis zur Nation abgelegt hat – selbstverständlich im Sinne eines nationalen Wirs der Vielfalt. Auch die Hijacking-Memory Konferenz schließt sich hier an, geht aber noch einen Schritt weiter. Ausgehend von der Beobachtung, dass der Holocaust von rechts vermehrt instrumentell benutzt wird, weil sich damit Rassismus einer scheinbar aufklärerischen Position unterjubeln lassen, wird unmittelbar gegen die Falschheit der Shoa-Erinnerung als solche agitiert. Dieselben Leute würden allerdings nie auf die Idee kommen, z.B. Antidiskriminierung an sich infrage zu stellen, weil rechte Minderheiten sich diese instrumentell zunutze machen. Trump, Putin, Coronaleugner\*innen, konservative Partei nahmen für die Shoa-Erinnerung und Israel gelten ihnen allesamt als Erscheinungen ein und desselben Problems: eines autoritären Erinnerungsdiskurses. Dabei werden die jeweiligen historischen Zusammenhänge völlig ausgeblendet: Putins Entnazifizierungsgefasel dürfte vor allem innenpolitische Funktion haben: den eigenen Leuten den Krieg gegen die Ukraine schmackhaft zu machen, indem er an den glorreichen Kampf der Sowjetunion gegen Nazideutschland anknüpft. Coronaleugner\*innen, die sich hierzulande auf Demos den Judensterne anheften, sind nicht aus dem postnazistischen Kontext herauszuschälen: sich den Shoa-Opfern gleichzumachen verspricht nicht nur Aufmerksamkeit, hier kommt auch die alte Ambivalenz von Opferidentifizierung und -neid wieder zum Vorschein; Täter-Opfer-Umkehr

dient als Entlastungsstrategie und ist zugleich ein aggressiver Akt.

Aber: auch wenn die Einzigartigkeit von Auschwitz Durchsetzungsideologie eines reingewaschenen neuen Deutschland war und der Holocaust als enthistorisiertes leeres Erinnerungssymbol global Karriere gemacht hat, sind Singularität der Shoa und Spezifik des Antisemitismus zugleich wahre Gedanken, an der wir als materialistische Gesellschaftskritiker\*innen nicht bloß um der historischen Erkenntnis willen festhalten. Dem könnte nur so sein, wenn es einen Bruch mit der Gesellschaft gegeben hätte, die den Holocaust hervorgebracht hat.

Aber die wertvermittelte Gesellschaft, in der die gesellschaftlichen Verhältnisse ein von den Menschen vergegenständlichtes herrschaftsförmiges Eigenleben führen, dauert fort. Moishe Postone hat in seinem Aufsatz Antisemitismus und Nationalsozialismus den Zusammenhang zwischen nationalsozialistischem Judenmord und Kapitalismus aufzuzeigen versucht. Das Wesen des Kapitalismus erscheint Postone zufolge als gewaltförmige Spaltung von Abstraktem und Konkretem, was in der nationalsozialistischen Ideologie im Gegensatz von schaffendem und raffendem Kapital zum Ausdruck gekommen ist. Konkretes wird dabei verdinglicht und als Unhistorisch/Natürliches dem verhassten Abstrakten, worin allein die gesellschaftliche Vermittlung erscheint, gegenübergestellt und in den Juden projektiv abgewehrt. Auschwitz lässt sich damit als Ausgang in die Barbarie begreifen, in der nicht die kapitalistische Vergesellschaftung, sondern einseitig die Wertseite, das Abstrakte vernichtet werden sollte (in der fetischistischen Wahrnehmung der Nazis ging es nicht darum Wert und Arbeit abzuschaffen, sondern die Arbeit von den Juden zu befreien). Die unkritische Verteidigung der bürgerlichen Gesellschaft, die das Abstrakte als unhistorisch/ewig Wahres begreift ist für Postone dagegen keine Option, da sie bloß das Gegenstück, die nichtfaschistische Modernität und Rationalität, verteidigt, ohne die die Irrationalität der nationalsozialistischen

Judenvergasung aber nicht zu denken wäre. Dies ist insofern wichtig, als dass der Nationalsozialismus nicht außerhalb der kapitalistischen Gesellschaft verortet werden kann. Den Zusammenhang zu kappen, stellt gerade die Voraussetzung dafür dar, von einem angeblich totalen Bruch und einer Normalität nach 1945 zu sprechen.

Da gegenwärtig die Gefahr für den Ausgang in Barbarie ungleich größer ist als die emanzipatorische Aufhebung des Gegensatzes in die kommunistische Gesellschaft, und wir daher davon ausgehen müssen, dass auch die Gefahr für Jüdinnen\*Juden nach wie vor besteht, pochen wir eben aus gegenwärtigen politischen Gründen auf der Spezifik des Antisemitismus, die zurzeit so massiv infrage gestellt wird.

Der Widerspruch, dass der Anti-Antisemitismus sowohl – zumindest in Teilen – Herrschaftsideologie geworden ist und nach wie vor als Kritik an Staat und Kapital wie zum Schutz von Juden und Jüdinnen notwendig ist, sollte gehalten werden. Derartige Ambivalenzen werden zu wenig berücksichtigt, wenn etwa bei der Hijacking Memory-Konferenz vor allem die Passung von extrem rechter Agenda und Holocaust-Gedächtnis herausgestellt wird. Natürlich ist es bemerkens- und bedenkenswert, dass es die AfD ist, die ein BDS-Verbot fordert oder die als Konsequenz aus dem Antisemitismusskandal der Documenta einen sofortigen Stopp der Förderung von Forschungs- und Kulturprojekten fordert, die »die postkolonialistische Ideologie« unterstützen, um Antisemitismus vorzubeugen. Allerdings muss man sich durch solche Vorstöße auch nicht für dumm verkaufen lassen, schließlich ist der AfD die Israelsolidarität und der Anti-Antisemitismus ein billiges Mittel für ihren Zweck den Postkolonialismus – der für sie Chiffre für Linksgrün-Versiff und generell jeden Antirassismus steht – loszuwerden. Dass die AfD selbst ein massives Antisemitismusproblem hat, zeigt sich z.B. neben Fällen wie Gedeon an den Ergebnissen der AJC-Studie, wonach Antisemitismus unter AfD-Wähler\*innen und Muslim\*innen vergleichsweise am

höchsten ist. Schlussstrichforderungen und Erinnerungsabwehr – Stichwort: Dresdener Höcke-Rede 2017 und Gaulands Rede vom Vogelschiss der Geschichte – sind nach wie vor, zwar nicht nur, aber doch die genuinen Produkte der Nazibrut. Und auch wenn Martin Sellner in der Sezession beispielsweise dem negativen Nationalismus etwas abgewinnen kann, weil er immerhin das Bedürfnis der Deutschen nach nationaler Identität zum Ausdruck bringt, bleibt der positive Bezug auf die Nation nach wie vor Fernziel der Rechten. Forderungen nach mehr Erinnerungspolitik findet man daher nirgends. Die Gemäßigteren scheinen sich dagegen mit einem gebrochenen Nationalismus arrangiert zu haben und machen nun halt Weltpolitik basierend auf Auschwitz. Bleibt noch was zu Israel zu sagen, dass in all den Debatten eine Art Gravitationszentrum war. Der uralte Topos: es ist vor allem der Staat Israel, der den Holocaust ausnutzt, um die Palästinenser\*innen zu unterdrücken und zu kolonisieren. Es geht selbstredend bei der Parteinahme für Israel nicht darum, jeden Shizzle auf israelischer Seite zu verteidigen, sondern um eine Ausnahme in Bezug auf die allgemeine Nationalismuskritik: Die Anerkennung Israels Staatsgründungsideologie als jüdischen Staat ist für uns keine bloß faktische, sondern eine ausdrückliche. Israel ist nicht einfach ein Nationalstaat, um unter anderen Nationalstaaten konkurrieren zu können, sondern die Konsequenz aus gescheiterter Assimilation und deren mörderischen Ende in der Shoa. Herzls Vision vom zionistischen Partikularismus fußte nicht auf einem rassistisch-imperialistischen Motiv, sondern basierte auf der einzig verbliebenen Hoffnung, dass durch die Nationwerdung die Juden als Gleiche unter Gleichen anerkannt und der Antisemitismus abnehmen werde. Einiges spricht aber dafür, dass den Juden als Antithese der Völker und Nationen kein solcher Ort legitimer Differenz (Elbe) zugestanden wird, sondern Israel stattdessen zum Jude unter den Staaten geworden ist. Die weltweite BDS-Bewegung sowie die terroristischen und politischen Vernichtungsdrohungen denen Israel durch Hamas, Hisbollah, Islamischer Jihad oder Staaten wie

dem Iran nach wie vor ausgesetzt ist, zeugen davon. Diese reale Gefahr wird von den postkolonialen Kritiker\*innen ausgeblendet und Israel stattdessen als Apartheids- und Kolonialstaat delegitimiert.

Die Parteinahme für den Staat Israel ist aus diesem Grund die einzige Ausnahme für unsere ansonsten im Negativen verbleibende Kritik. Wir gedenken der Shoa-Opfer mit dem fernstmöglichen Abstand zu einer wie auch immer gefassten deutschen Nation. Antifaschistisches Gedenken kann nicht im Dienst der moralischen Selbstentlastung stehen oder zu irgendeinem Versöhnungskitsch beitragen, sondern hat dafür zu sorgen, dass nicht vergessen wird, dass in einer unversöhnten Welt keine Versöhnung zu haben ist.

**Der Vortrag wurde am 28. Oktober 2022 im Rahmen des Solitresens der EAG in der ZGK Scharni gehalten.**

# Abwege der institutionalisierten Antisemitismusforschung

Ein kritischer Nachtrag zur Hijacking-Memory-Konferenz von 2022 und darüber hinaus.

Von Remo H. Kohlbrenner

Durch die Debatten um den Antisemitismus des Kurator\*innenteams und einiger Ausstellungsstücke der documenta fifteen im vergangenen Jahr, blieb eine nicht weniger kritikwürdige Veranstaltung, die Hijacking-Memory Konferenz im Juni 2022, weitgehend vom linken Widerspruch unbehelligt. Organisiert wurde die Konferenz, die im Haus der Kulturen der Welt (HWK) stattfand, von Emily Dische-Becker, Journalistin und Veranstaltungskuratorin, Susan Neiman, Leiterin des Einstein Forums sowie Stefanie Schüler-Springorum, Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA).

In dem institutionellen wie personellen Dreiergespann kommen wichtige Akteur\*innen der Verteidigung von »Israelkritik«, der Unterstützung propalästinensisch-antizionistischer Positionen und der unzureichenden Auseinandersetzung mit israelbezogenem und muslimischem Antisemitismus zusammen.

Die Leiterin des ZfA, Stefanie Schüler-Springorum, ist mit ihren politischen Positionierungen schon häufiger in den Fokus geraten. Die Fachschaftsinitiative Antisemitismusforschung am ZfA (FSI ZfA) kritisierte sie für ihre Beteiligung an der Initiative GG 5,3 Weltoffenheit. Sie ist weiterhin federführende Koordinatorin der Jerusalem Declaration of Antisemitism (JDA), die im Wesentlichen eine Revision aller Erkenntnisse zu israelbezogenem Antisemitismus der weithin anerkannten Arbeitsdefinition der Interna-

tional Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) darstellt. Ebenso Emily Dische-Becker, die über ihre konzeptionelle Beteiligung an der Konferenz auch unrühmlich in den documenta-Skandal verwickelt war und gemeinsam mit Schüler-Springorum maßgeblich an der kürzlich ins Leben gerufenen Jewish Diaspora Alliance involviert ist. Diese versammelt Akteur\*innen bisher bekannter linker antizionistischer Gruppen wie dem Jewish Bund, der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost oder dem New Israel Fund. Unter der antiisraelischen Agenda bringt sie international Wissenschaftler\*innen und Aktivist\*innen zusammen, vernetzt unter Berufung auf die Diaspora nun auch analog die bereits über Social Media aktiven linken Antizionist\*innen. Zum Beirat der Diaspora Alliance gehört außerdem Susan Neiman, amerikanische Philosophin und prominente Fürsprecherin von Achille Mbembe und der Initiative GG5.3 Weltoffenheit. Die von ihnen veranstaltete Konferenz »Hijacking-Memory: Holocaust and the New Right« wollte sich mit einer zunehmenden Instrumentalisierung des Holocaustgedenkens durch die politische Rechte befassen. Doch noch während der Tagung zeigten sich zwei Referenten bestürzt darüber, welche inhaltliche Dynamik die Veranstaltung eingenommen hatte. Zwar machten die beiden Historiker Jan Grabowski und Konstanty Gebert deutlich, dass sie das grundsätzliche Anliegen der Konferenz teilen: die Auseinandersetzung mit der Instrumentalisierung des Holocaustgedenkens durch die Neue

Rechte; dass sie aber durch die – leider auf große Zustimmung gestoßenen – geteilten antiisraelischen Inhalte den wichtigen Anspruch der Konferenz in Mitleidenschaft gezogen sahen.

## Hijacking Memory

Grabowski und Gebert kritisierten gezielt den Vortrag des palästinensischen Aktivisten Tareq Baconi und den propalästinensischen Aktivismus einiger Teilnehmer\*innen. Baconis Vortrag sorgte später auch für Schlagzeilen, weil in ihm BDS-nahe Position zu Israel vertreten und der jüdische Staat als koloniales Apartheidregime denunziert wurde. Beide waren schockiert über die israelfeindlichen Inhalte und die große Zustimmung seitens der Zuhörer\*innen. Wer genauer hinsieht, wird allerdings noch weitere Vorträge finden, die aus Sicht einer kritischen Antisemitismusforschung Widerspruch erhalten müssten.

Bei über dreißig Vorträgen mit unterschiedlichsten Inhalten kann eine tiefergehende Analyse hier zwar nicht erfolgen, aber allein anhand der zahlenmäßigen Verteilung und Ausrichtung der Vorträge lässt sich auch ohne eine solch explizite Analyse eine einseitige Tendenz der Konferenz gegen Israel erkennen. Ordnet man das Konferenzprogramm nach Inhalten, um die thematischen Schwerpunkte herauszuarbeiten, wird offenkundig, wie stark die antiisraelische Schlagseite und relativierende Haltung gegenüber dem Antisemitismus war. Zum einen widmete

sich ungefähr die Hälfte der Vorträge wichtigen und relevanten Themen. Dazu gehören zum Beispiel sieben Vorträge, die sich der Holocaustinstrumentalisierung in Osteuropa durch die dortige Rechte zuwenden. Nur ein Vortrag beschäftigte sich mit der Notwendigkeit von Analyse und Kritik des Antisemitismus. Zum anderen gab es eine – fast die Hälfte des Gesamtprogramms ausmachende – Fülle an Vorträgen, an denen das Tendenziöse der Konferenz in Sachen Israel und Antisemitismusverharmlosung ablesbar wird. Der Vortrag von Baconi war nur das drastischste Beispiel. Darüber hinaus beklagte ein auf der Konferenz gezeigter Film die repressiven Folgen der Antiboykott-Gesetze in den USA und ergriff ebenfalls Partei für die BDS-Bewegung. Vier Vorträge stellten einen teilweise auf wackeligen Beinen stehenden Zusammenhang zwischen rechter Instrumentalisierung, Antisemitismuskritik und Israel her. Für sich allein stehend könnte jeder dieser vier Vorträge jeweils als kritische Bestandsaufnahme gelten, aber im Kontext der inhaltlichen Ausrichtung der gesamten Veranstaltung kommt ihnen eine spezifische Funktion zu, da in jedem von ihnen auf unterschiedliche Weise suggeriert wurde, es handle sich bei Antisemitismuskritik und einer israel-solidarischen Haltung um vorrangig rechte Diskursstrategien. So wurde auf einem Podium zwar die Möglichkeit eines sich antisemitisch äussernden Antizionismus eingeräumt, gleichzeitig aber die linken Formen des Antizionismus von diesem Vorwurf freigesprochen und stattdessen der Vorwurf erhoben, zionistische Positionen würden sich antisemitisch artikulieren. Weitere sechs Vorträge widmeten sich auf verschiedene Weise dem, was sie als Instrumentalisierung des Holocaustgedenkens und Instrumentalisierung der Antisemitismuskritik bezeichnen, die laut eigenem Selbstverständnis aus einer ›anti-rassistischen‹ Perspektive kritisiert werden sollen. Diese Vorträge knüpften auf unterschiedliche Weise affirmativ an die aktuellen postkolonialen Angriffe auf das Holocaustgedenken an, wie sie auch im sogenannten Historikerstreit 2.0 debattiert und etwa in Steffen Klävers Buch *Decolonizing Auschwitz?: Komparativ-postkoloniale Ansätze in der Holocaustforschung* so konzise kritisiert

werden. In zweien dieser Vorträge wurde die These der Singularität bzw. Präzedenzlosigkeit des Holocausts als Grund und Instrument des Unsichtbarmachens anderer Genozide angeführt. Kritik am Antisemitismus würde demnach notwendige Rassismuskritik neutralisieren – eine Behauptung, der unschwer abzulesen ist, dass das eine gegen das andere ausgespielt werden soll. Hier kommt vor allem ein postmodernes und postkolonialistisches Rassismusverständnis zum Tragen, in dem ein zweifelhafter Antisemitismusbegriff vorherrscht, der häufig dem Rassismus ein- und untergeordnet wird. Schon dieser kleine Überblick sollte deutlich machen, warum die Konferenz auf – wenn auch marginalen – Widerspruch gestoßen ist, obgleich inhaltlich nur der von Grabowski und Gebert kritisierte Vortrag von Baconi einen kleinen Skandal evozierte.

#### Grenzen des Sagbaren verschieben

Antisemitismuskritik, die sich gegen jede Form des Judenhasses richtet, wurde auf der Konferenz tendenziell als rechtes Narrativ dargestellt, das den Kampf gegen Rassismus verhindere und den nationalistischen Zielen Israels diene. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem globalen Antisemitismus und seinen antiisraelischen Äußerungsformen wurde ebenso ausgespart wie Möglichkeit und Existenz einer von links kommenden solidarischen Haltung zu Israel und Kritik am Antisemitismus; stattdessen schlug man diese den rechten Narrativen zu.

Die, wenn auch teils ungenau formulierte, so doch berechtigte Kritik an der Konferenz wurde, wie so oft, von den Adressierten nicht aufgearbeitet. In einem Statement, das auch auf der Website des ZfA veröffentlicht wurde, zeigte man sich uneinsichtig. Nicht nur wurde, ebenfalls wie so oft, die inhaltliche Kritik aus zweckdienlichen Gründen in böartige Anfeindung umgedichtet. Zusätzlich wurde von den Kritisierten völlig ausgeblendet, dass sie selbst vehement daran arbeiten, beständig die Grenzen des Sagbaren in Bezug auf Israel zu verschieben. Sie inszenierten sich lieber als aufrechte und marginalisierte Kritiker\*innen, trotz ihrer einflussreichen und hochdekorierten Posten. Die Verteidigung in linksli-

beralen Meinungsmedien gegen die als rechts und konservativ dargestellte Kritik war ihnen dabei sicher. Dass ihnen die Verteidigung in linksliberalen Meinungsblättern gegen die als rechts dargestellte Kritik der Konferenz ebenso sicher war, wie ihre Posten einflussreich und hochdekoriert sind, sei erwähnt.

Das Kokettieren mit Pro-BDS-Positionen, die sich selbst als antirassistisch, postkolonial oder nationalismuskritisch missverstehen, gehört schon länger zum Radical Chic im Milieu akademischer Linkliberaler, die nur zu gern Anschluss an den internationalen Mainstream knüpfen würden. Dessen Vertreter\*innen müssen mit ihrem Antizionismus nicht so hinter dem Berg halten wie ihre deutschen Kolleg\*innen. Die antisemitische Propaganda der BDS-Bewegung dominiert zunehmend den akademischen Geist im angloamerikanischen Raum und darüber hinaus; immer wieder wird die Nähe einzelner Gruppen und Akteur\*innen zu islamistischen Terrororganisationen bekannt, sowie im Allgemeinen das Abgrenzungsbedürfnis zu diesen wenig ausgeprägt ist.

In Deutschland gestaltet sich eine positive Bezugnahme auf israelfeindliche Bewegungen schwieriger, auch wenn Ressentiments gegen Juden\*Jüdinnen und den jüdischen Staat in allen Teilen der Gesellschaft weit verbreitet sind. Der Umstand, dass Antisemitismus und seine israelbezogenen Ausformungen stärker in die Kritik geraten, geht allerdings weniger auf nationalistische Vereinnahmung zurück, wie es die postkolonial inspirierten Israelkritiker zuweilen pauschal behaupten, sondern auf eine von Überlebenden, Nachkommen und Linken gegen die Mehrheitsgesellschaft erkämpfte Aufarbeitung und Kritik des Antisemitismus. Diese Etablierung einer Antisemitismuskritik, die auch die Israelfeindschaft in ihre Analysen einbezieht, wird mittlerweile nicht mehr nur von rechts, sondern auch von links angegriffen. Zugleich wissen antisemitische (neue) Rechte, zu der auch die vorgeblich proisraelischen Rechtspopulist\*innen gehören und auch die israelfeindliche Linke hierzulande sehr gut, wo die Grenzen des Sagbaren verlaufen. So kommt es meist dann zu Debatten in Deutschland, wenn linke Künstler\*innen und Akademiker\*in-

nen aus anderen Ländern unverstellt ihren Israelhass zur Schau stellen, weil sie die hiesigen Verklausulierungen nicht so gut eingeübt haben. Hierzulande lässt man lieber andere stellvertretend die eigenen verhinderten Sympathien für die BDS-Bewegung ausleben. Der Unterstützung aus dem Kunstbetrieb und der Akademie können sie sich dennoch sicher sein, wie u. a. die auch wieder maßgeblich von Schüler-Springorum mitgetragene Initiative GG 5.3 Weltoffenheit verdeutlicht, die sich gegen die BDS-Resolution des deutschen Bundestags positioniert. Ob mit der Unterstützung von BDS oder anderen Antisemitismen von links (»Nakba«-Holocaust-Vergleichen, Apartheidsvorwürfen gegen Israel oder weniger offensichtlichen Formen), hier halten auch Antisemitismusforscher\*innen die Tür des Sagbaren für Antizionist\*innen weiter offen. Man möchte weltoffen statt provinziell sein.

Das ZfA ist hier leider kein zuverlässiger Partner im Kampf gegen den Antisemitismus. Wer Hoffnungen in eine unabhängige

Antisemitismusforschung abseits des ZfA hat, findet sie womöglich in Trier oder Aachen. In Trier etabliert sich seit einiger Zeit eine Initiative von Nachwuchswissenschaftler\*innen, die sich ohne Verharmlosungen den drängenden Themen der zeitgenössischen Antisemitismusforschung widmen. In Aachen wurde 2020 mit dem Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien eine Forschungseinrichtung gegründet, deren dezidiertem Anspruch es ist, die ausgesparten Themen zu berücksichtigen und in die deutsche Diskussion zu bringen. Falls sich – hypothetisch – die Organisator\*innen der Hijacking-Memory-Konferenz für eine Wiederholung bzw. Fortsetzung ihrer Veranstaltung entscheiden sollten, bleibt stark zu bezweifeln, dass auch linke Instrumentalisierungen des Holocausts aufgearbeitet werden. Die zwei kritischen Historiker der vergangenen Konferenz, Grabowski und Gebert, fordern deshalb auch »über eine Konferenz nachzudenken, die sich mit dem Missbrauch des Shoah-Gedenkens von links befasst«. Die notwendige

Debatte über Antisemitismus im Kunst- und Akademie-Betrieb wird so lange nicht zu einem befriedigenden Ende kommen können, solange diese Bereiche weiter von den hier vorgestellten Akteur\*innen und ihrem Verständnis des Verhältnisses von Antisemitismus und Rassismus geprägt und dominiert werden, das auf die Abwehr einer konsequenten Antisemitismuskritik hinausläuft.

Bei diesem Artikel handelt es sich um eine gekürzte Version eines umfangreicheren Beitrags, der am 29. Januar 2023 zuerst auf dem Online-Portal [mena-watch.com](http://mena-watch.com) erschienen ist.

## Plakatreihe gegen die Repression im Iran

Seit dem Herbst 2023 produziert die EAG regelmäßig Plakate zu den Protesten und der Repression im Iran. Dabei sind die Hauptanliegen, auf die Inhaftierten und von Hinrichtungen bedrohten Protestierenden hinzuweisen und den Toten der Protestwelle und Mordaktionen des Regimes zu gedenken. Darüber hinaus wollen wir mit Links und einer Sonderseite weitere Hintergrundinformationen und Unterstützungsangebote zur Verfügung stellen. Das sind die bisher produzierten Motive.

<https://eag-berlin.tem.li/index.php/iran/>



# Antisemitismus im deutschen Kunst- und Kulturbetrieb

Dieser Text war ursprünglich ein [Redebeitrag der Autonomen Neuköllner Antifa](#), gehalten auf der antifaschistischen Demonstration am 9. November 2022 in Berlin-Moabit in Gedenken an die Novemberpogrome von 1938.

Im Oktober 2022 jährte sich der antisemitische und rassistische Anschlag in Halle zum dritten Mal. Ein bewaffneter Rechtsterrorist hatte versucht, sich an Jom Kippur Zugang zur Synagoge zu verschaffen. Als er scheiterte, erschoss er die Passantin Jana L. auf der Straße vor der Synagoge und Kevin S. in einem nahe gelegenen Imbiss. Es gibt absolut keinen Grund, auch nur einen Moment an der Gefährlichkeit des mörderischen Antisemitismus von rechts zu zweifeln.

Dennoch zeigte sich in diesem Jahr so deutlich wie selten zuvor, dass Antisemitismus als gesellschaftliches Phänomen auch gerade dort zu finden ist, wo er gemeinhin weniger vermutet wird. Etwa in der achso weltoffenen deutschen Kulturlandschaft, wo die Kunstschau »documenta« eindrucksvoll bestätigte, wie berechtigt die Warnungen vor der Nähe ihrer Kurator\*innen zur antisemitischen BDS-Bewegung von Anfang an gewesen waren. Zum Vorschein kamen am laufenden Band Beispiele von Antisemitismus in der ausgestellten Kunst. Das Kurator\*innenkollektiv aus Indonesien versuchte die Kritik mit Rassismusvorwürfen abzuwehren. Ihre Unterstützer\*innen in den Feuilletons rechtfertigten den israelbezogenen Antisemitismus der Kunstwerke unverdrossen als überfällige postkoloniale Öffnung der »provinziellen« Erinnerungskultur an die Shoah. Doch der Blick muss nicht nach Kassel schweifen, um auf Antisemitismus in sich progressiv gebenden Milieus zu schauen.

Während wir hier in Moabit demonstrierten, trafen sich heute am Alexanderplatz selbsternannte »Freie Geister« für einen Spaziergang gegen eine nicht existierende Impfpflicht. Zusammengewürfelt ist diese Versammlung aus Überbleibseln der verschwörungsideologischen Proteste von Pandemie-Leugner\*innen, die ihren Ursprung am Rosa-Luxemburg-Platz hatten. Dort versammelten sich von Anfang an auch Milieus, die sich eher links verorten, sich aber nach rechts bewegen. Bestes Beispiel ist einer der ursprünglichen Berliner Initiatoren, Anselm Lenz. Der Dramaturg begann seine Laufbahn in einem antikapitalistischen Theaterkollektiv und hatte sich im Zuge der Besetzung der Volksbühne, als Protest gegen einen neuen Intendanten, weiter politisiert. Inzwischen ist er nicht nur gern gesehener Gast in Gerichtssälen, sondern auch am Institut für Staatspolitik eines gewissen Götz Kubitschek in Schnellroda.

Eine Gesellschaft, die einige Vertreter\*innen etablierter Berliner Kulturinstitutionen selbstverständlich empört zurückweisen würden. Sie versammeln sich lieber hinter hochtrabenden Erklärungen, die Kritik an Antisemitismus als Bedrohung für die Kunstfreiheit brandmarken. Vermutlich würden sich einige Unterzeichner\*innen solcher Resolutionen von einer Versammlung, die ebenfalls am Abend des 09. November 2022 am Neuköllner Hermannplatz stattfand, eher angesprochen fühlen. Unter dem Motto »Von Berlin nach Palästina: Hoch die internationale Solidarität« sollten am 9. November im Anschluss an die antizionistische Veranstaltung dann aber auch noch artig Stolpersteine geputzt werden. Denn auf dem Ticket des offenen Dialogs und internationalistischer Phrasen wird eine unverhohlene Einseitigkeit in Bezug auf Israel gepflegt. Im Berliner Haus der Kulturen der Welt konnte bei einer Konferenz

im Sommer etwa angeregt darüber philosophiert werden, wie der Staat Israel das Shoah-Gedenken instrumentalisieren, um die Kolonisierung Palästinas zu stützen. Dass eine der Organisator\*innen dieser Konferenz die »documenta« in ihrem Umgang mit Antisemitismus unterstützen sollte, schließt den Kreis mit einem

Treppenwitz. Eine Besserung ist allzu schnell jedoch kaum zu erwarten. Dass die lauteste Kritik an antisemitischen Äußerungen, auch des künftigen

Intendanten des HKW, nicht etwa von links oder aus dem Kulturbetrieb selbst kommt, sondern ausgerechnet von der »Bild«-Zeitung, rundet das Bild des traurigen Gesamtzustandes weiter ab. Deutschland ist nun mal immer noch Deutschland.

Doch von dem, was sich wie Ohnmacht anfühlt, lassen wir uns auch hier und heute nicht dumm machen. Die Antwort auf diese Zustände ist und bleibt emanzipatorischer Antifaschismus. Ein Antifaschismus, der Antisemitismus kritisiert ohne Rassismus zu relativieren und umgekehrt. Bezogen auf antifaschistische Gedenkpolitik heißt das, sich weder von der liberaldemokratischen »Happy End«-Erzählung vereinnahmen zu lassen, noch sich vom kritischen Gestus eines falschen Postkolonialismus in die Relativierung der Shoah und des deutschen Antisemitismus treiben zu lassen.

**Gedenken heißt Handeln! Gegen jeden Antisemitismus!  
Nie wieder Deutschland!**

**Die Antwort auf diese Zustände ist und bleibt emanzipatorischer Antifaschismus.**

# Debatten in der deutschen Linken II Autoritäre Formierungen

DEM VOLKE DIENEN



# Antisemitismus im Kontext linker und linksradikaler Mobilisierungen: Eindrücke und Analyse

Die Auseinandersetzung um den Al-Qudstag in den letzten Jahren hat gezeigt, dass neben rechtem Antisemitismus vor allem israelbezogener Antisemitismus weltweit zunimmt. Gruppen wie RIAS, das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V., antifaschistische Archive wie das Apabiz und Aida sowie Einzelpersonen wie @schmale\_pott leisten dazu unverzichtbare Recherchearbeit. Im folgenden Text konzentrieren wir uns auf einen weiteren Kontext: Auch dort, wo wir uns als Antifaschist\*innen, als Klimaaktivist\*innen, Feminist\*innen und Queers bewegen, sind Jüdinnen\*Juden mit Antisemitismus und Ausgrenzung konfrontiert. Wir sind der Meinung, dass eine Broschüre der EAG ein guter Ort ist, um auf konkrete Beispiele von Antisemitismus innerhalb unserer eigenen Zusammenhänge hinzuweisen, die sich so oder so ähnlich in zahllosen Städten und Netzwerken wiederholen.

Von [jewish.resistance.alliance](#)

## Antisemitismus in traditionellen linken Mobilisierungen

Antisemitismus in traditionslinken Mobilisierungen ist nichts Neues, es gibt eine lange Geschichte antisemitischer Positionen in linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. In den letzten Jahren zeigen sich antisemitische Mobilisierungselemente auch in sich dezidiert als linksradikal verstehenden Gegenentwürfen zu traditionslinken Angeboten. Immer wieder taucht in den letzten Jahren Antisemitismus in lokalen Bündnissen rund um den 1. Mai auf. 2022 blieb der Block mit dem menschenverachtenden Slogan «Intifada ist unser Klassenkampf» auf der «revolutionären 1.Mai Demo» in Berlin unwidersprochen. Mit dem Slogan «Tag der Arbeiter\*innen. Tag unserer Klasse» rief das 1. Mai Bündnis Frankfurt am Main 2022 zu einer «Revolutionären

Demonstration» auf, deren Verständnis von Kapitalismus als auch von Krieg von antisemitischen Narrativen getränkt war. In Duisburg mobilisierte ein Bündnis antiimperialistischer Gruppen zur «revolutionären Vorabenddemo», zu dem offen antisemitische Gruppen wie «Palästina antikolonial» und «Young Struggle» gehörten. Während die Stimmungsmache gegen Israel derartige Aufrufe dominiert, werden Jüdinnen\*Juden und all jene, die Antisemitismus als Bedrohung ernstnehmen und bekämpfen, in den Aufrufen unbewusst oder bewusst aus der Arbeiter\*innenklasse ausgeschlossen, anstatt sie als Verbündete im Kampf gegen Kapitalismus zu adressieren. Die Realität jüdischer Menschen sowie die Struktur eines kapitalistischen Arbeitsmarkts, dem per se ein Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnis zugrunde liegt, zu dem bei

vielen Jüdinnen\*Juden eine Ebene von antisemitischer Diskriminierung und Mikroaggressionen durch Chefs / Arbeitskolleg\*innen ect. dazukommen, scheint für diese Bündnisse weder zu existieren noch zu interessieren.

## Antisemitismus in der Klimabewegung

«Von Lützi bis nach Gaza – Yallah Intifada!»: Antisemitismus ist Teil der Klimabewegung. Positive Bezüge auf die Intifada und BDS bei Aktionen, Klimastreiks und auf den Social Medialkanälen der verschiedenen klimapolitischen Gruppen sind Alltag sind und scheint keinen gemeinsamen gruppenübergreifenden Konsens innerhalb der Klimabewegung zu geben, dies konsequent zu ahnden. Es ist nicht immer klar, inwieweit klimapolitisch aktive Gruppen eine eigene Agenda führen oder ob sie von Bündnispartner:innen überrumpelt

werden, wenn ihre Protestformen als Plattform für Hass auf Israel benutzt werden. Einige Gruppen, wie Fridays for Future Bremen sind eng mit antisemitischen Gruppen wie «Palästina spricht» vernetzt, andere lokale Gruppen dagegen nicht. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die BDS-Bewegung ein strategisches Interesse hat, in der Klimabewegung Fuss zu fassen. Auf der offiziellen Webseite der Boykott-Kampagne heißt es etwa: «Palästina ist ein Thema der Klimagerechtigkeit.» Die Klimakrise betreffe Palästinenser\*innen «unverhältnismäßig stark». Israel «vergiftet Leben» im Gazastreifen, indem es für die Verunreinigung des Trinkwassers verantwortlich sei – eine Neufassung vom antisemitischen Topos des «jüdischen Brunnenvergifters». Es stimmt uns froh, dass sich innerhalb der Klimabewegung jüdische Aktivist\*innen zusammengeschlossen haben, die sich gegenseitig unterstützen und eine ernsthafte Diskussion um Antisemitismus einfordern. Wir vermissen in Teilen der Klimabewegung eine differenzierte Kapitalismuskritik. Eine genaue Analyse, inwieweit sich Klimabewegungen einer verkürzter Kapitalismusanalysen bedienen, die in die Nähe von strukturell antisemitischen Erklärungsmustern kippen, steht noch aus.

### Antisemitismus trifft Antifaschismus

Die verschiedenen staatstragend ausgerichteten Formen der Erinnerung an die Reichspogromnacht werden zurecht von jüdischer und linker anti-antisemitischer Seite her kritisiert, wenn sie in erster Linie eine «Wiedergutwerdung der Deutschen» (Eike Geisel) feiern oder sich ausschließlich auf tote Jüdinnen\*Juden beziehen anstatt jüdisches Leben im Hier&Jetzt zu schützen. Der 9. November ist daher zurecht ein wichtiger Tag antifaschistischer Mobilisierung, an dem grundlegende Kritik an bestehender, auf Beschwichtigung ausgerichteter Erinnerungskultur geübt wird. Auch hier versuchen Antisemit\*innen anzudocken und die Erinnerung am 9. November pro-palästinensisch umzudeuten. 2022 kam es zu einer antisemitischen Vereinnahmung durch die neu gegründete Gruppe «Rote Blüte Palästina», die gemeinsam mit «Young

Struggle Berlin» und «Samidoun» den 9. November in Berlin zur ahistorischen Vorlage eines legitimen Kampfs gegen Besatzung und Unterdrückung stilisierte und die historisch singuläre Realität der Verfolgung von Jüdinnen\*Juden im Nationalsozialismus auf die aktuelle Situation im Nahen Osten übertrug. Indem die Mobilisierung mit dem Aufruf abschloss, nach der Kundgebung Stolpersteine zu putzen, versuchte die «Rote Blüte Palästina» ihren Antisemitismus als Teil eines antifaschistischen Kampfes zu framen.

### Antisemitismus in feministischen und queeren Mobilisierungen

Als Feminist\*innen macht es uns traurig, dass wir aktuell kaum produktive Auseinandersetzungen um Antisemitismus in feministischen Bündnissen wahrnehmen können. Es fehlen Versuche, proaktiv jüdische feministische Stimmen in linke feministische und queere Bündnisse einzubinden. Weder in den großen, parteien- und gewerkschaftsnahen noch in linksradikalen Mobilisierungen rund um den 8. März / feministischer Kampftag scheint in den letzten Jahren Antisemitismus ein Thema zu sein. Im Kontext feministischer Bewegung zeigt sich, wie wirkungsmächtig postkoloniale Erzählungen eines vermeintlich «weißen» «Kolonialstaats» Israels sind und wie wenig diese holzschnittartigen Erklärungsmuster, die den gesellschaftlichen Realitäten in der MENA-Region nicht gerecht werden, hinterfragt werden.

Bündnisse wie die «Alliance of internationalist feminist\*s» mobilisieren seit 2019 in Berlin zu Demonstrationen und Aktionen, an denen sich antisemitische Gruppierungen wie «Palästina Spricht» beteiligen, deren antiisraelische Vernichtungsphantasien auf Transparenten, Bannern und in Redebeiträgen unwidersprochen bleiben. Auch in anderen Städten, wie etwa in Frankfurt, schließen die explizit linksradikalen Aufrufe zum 8. März antizionistische Positionen mit ein. Vielerorts findet sich in den Aktionsaufrufen keine explizite antizionistische Positionierung, trotzdem werden Gruppen in Bündnissen und auf den Demos toleriert, die eine antisemitische Agenda verfolgen. Drin-

gend notwendige Diskussionen um die Breite solcher Bündnisse werden nicht geführt. Beispiele Zürich und München: Dort bleiben seit Jahren die Palästinafahnen und Schilder mit dem Kontext der palästinensischen Terroristin Leyla Chaled unwidersprochen bei den linksradikalen 8. März – Demos. Dass sich Jüdinnen\*Juden auf solchen Demos nicht willkommen, sondern gefährdet fühlen und oftmals deswegen zuhause bleiben müssen, wird von den Bündnissen stillschweigend hingenommen.

Die letzte größere Auseinandersetzung um Antisemitismus in feministischen Zusammenhängen fand 2018 im bundesweiten M8-Netzwerk statt, das sich gegründet hatte, um den 8. März als feministischen Streiktag neu zu beleben. Das Bündnis setzte sich mit seiner Arbeit in Bezug zu den breiten M8-Bewegungen in Spanien und Lateinamerika, an denen sich 2018 in viele spanischen Städten beispielsweise rund 5 Millionen Menschen mit Arbeitsniederlegungen, Streiks und Aktionen beteiligten. Im deutschen Netzwerk versuchten einzelne Städtegruppen gezielt, antizionistische Positionen zu etablieren und Israel als Staat zu delegitimieren. Aus der Gewalt durch palästinensische Terrorist\*innen und den Angriffen auf jüdische Menschen in Israel und weltweit versuchten Teile des Netzwerks, ein «feminist issue» zu machen und luden dezidiert antizionistische Redner\*innen zu den Netzwerktreffen ein. Von den daran anschließenden Debatten, die zu einer notwendigen Benennung von Antisemitismus innerhalb der eigenen Zusammenhänge führten und schlussendlich in einem Zerwürfnis innerhalb des Bündnis mündeten, scheint heute wenig übrig geblieben.

Anders als beispielsweise in den USA, wo 2019 in Washington der D.C. Dyke March das Tragen von Regenbogenfahnen mit Davidstern verbot, treten die großen, CSDs und Pride-Demos der Mainstream-LGBTQ-Organisationen in den (west-)deutschen Großstädten auf den ersten Blick ohne sichtbaren Antisemitismus auf. Dort müssen jüdische Queers und ihre Verbündeten dafür Kommerzialisierung, Polizeiwägen und Appeasement herrschender Geschlechter- und Gesellschaftsverhältnisse er-

tragen. Leider sind einmal mehr die selbsterklärt antikapitalistischen und intersektionalen Gegendemos keine sicheren Orte für Jüdinnen\*Juden.

In Berlin hat das Scheitern einer Auseinandersetzung um Antisemitismus in linksradikalen queeren Zusammenhängen seit 2012 eine Geschichte. Der transgeniale CSD, der mehrere Jahre in Kreuzberg stattfand, wurde von BDS-Unterstützer\*innen gekapert. 2016 spaltete die Rede eines queeren Wagenplatzes den X\*CSD 2016, als sich die Gruppe positiv auf die Intifada bezog und damit den Mord an jüdischen Zivilist\*innen legitimierte. Während viele Medien, aber vor allem die queere, linke Szene zu den antisemitischen Vorfällen schwieg, berichtete die queer-jüdische Gruppe «Latkes» auf ihrem Blog ausführlich darüber, was es heißt, als queere Jüd\*innen aufgrund von Antisemitismus aus der queeren Linken ausgeschlossen zu werden. Während etwa das Magazin «Siegestsäule» bedauerte, dass der alternative CSD in den Folgejahren ausblieb, erwähnten die Autor\*innen mit keinem Wort den dortigen Antisemitismus. Die Kritik und Analyse von jüdischen Queers wie «Latkes» wurde von allen Seiten ignoriert und somit der Ausschluss aus der linken, queeren Szene wiederholt.

2019 gab es zuletzt Bemühungen, eine unkommerzielle, linksradikale und intersektionale CSD-Alternative zu organisieren. Bereits im Vorlauf der Demo kam es bei der Diskussion um den Umgang mit BDS zu Konflikten. Nachdem sich die Veranstalter\*innen gegen eine entsprechende Teilnahme aussprachen, kam es zu einem Shitstorm von BDS-Anhänger\*innen. Als Kompromiss wurden jegliche Nationalflaggen untersagt. Trotzdem tauchte am Tag ein geschlossener Block mit BDS-Anhänger\*innen, Palästinaflaggen und antisemitischen Transparenten und Parolen auf. Bei der «Internationalist Queer Pride for Liberation» in Berlin, die 2021 rund 300 Teilnehmer\*innen mobilisierte, setzten die Organisator\*innen, zu denen BDS Berlin, «Berlin Against Pinkwashing», «Palästina Spricht», der «Jüdische antifaschistische Bund» und «Migrantifa Berlin» gehören, deutliche antisemitische Schwerpunkte, um in Aufruf und

Demo den Boykott Israels zu propagieren und Israel das Existenzrecht abzuspochen. Linke Jüdinnen\*Juden, die für einen positiven Bezug auf den jüdischen Staat stehen, waren auf der Demo nicht willkommen, Journalist\*innen wurden als «Zionistenpresse» beschimpft und körperlich bedroht. Auch hier zeigt sich: Solange anti-israelische Aktivist\*innen Prides kapern, sind diese kein sicherer Ort für Jüdinnen\*Juden und ihre Liebsten.

### Fazit

Unser Blick auf ausgewählte Mobilisierungen der letzten Jahre macht deutlich, welche Strategien eine spektrenübergreifende Anti-Israel-Bewegung einsetzt. Auch wenn antizionistische Gruppen antikapitalistische, feministische und/oder queere Themen an sich reißen und behaupten, auf diesen Themen zu mobilisieren, zeigt sich in ihrem Auftreten, dass es ihnen in erster Linie eben nicht um die wichtigen Anliegen von Arbeiter\*innen, Frauen und Queers geht und auch nicht um eine radikale Kritik bestehender Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. An erster Stelle steht der Hass auf den einzigen jüdischen Staat der Welt und der Hass auf Jüdinnen\*Juden. Auch in linken und linksradikalen Mobilisierungen wird analog zur Mehrheitsgesellschaft zu wenig gegen Antisemitismus eingeschritten, es fehlen ernstgemeinte Versuche, für ein Umfeld zu sorgen, in dem diverse jüdische Stimmen Platz finden und sich Jüdinnen\*Juden sicher und mit Wertschätzung beteiligen können. Es darf nicht sein, dass die einzigen Jüdinnen\*Juden, denen in linken Zusammenhängen zugehört wird, diejenigen sind, die am vehementesten den israelbezogenen Antisemitismus der deutschen Mehrheitsgesellschaft bestätigen. Linke, linkradikale und queere Zusammenhänge brauchen dringend eine gemeinsame Diskussion darüber, mit welchem analytischen Werkzeug sich Antisemitismus erfassen lässt und welche Konsequenzen gezogen werden müssen. Wir wünschen uns, dass endlich Schluss mit dem «Burgfrieden» in unseren eigenen Zusammenhängen ist, in denen Antisemit\*innen toleriert werden und sich niemand verant-

wortlich fühlt, zu intervenieren, wenn Einzelpersonen oder Gruppen unsere Veranstaltungen, Demos und Aktionen kapern, um ihre Anti-Israelagenda zu verbreiten. Es braucht klare Botschaften an antisemitische Gruppierungen, dass sie in unseren Mobilisierungen und Zusammenhängen nicht geduldet sind. Gruppen und Bündnisse, die sich einer Auseinandersetzung mit Antisemitismus verweigern, sind nicht unsere Genoss\*innen.

### Quellen:

RIAS Bundesverband

<https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbetsdefinition-von-antisemitismus>

<https://www.belltower.news/bds-csd-auch-antisemitinnen-feiern-pride-119127/>

<https://www.nbcnews.com/think/opinion/d-c-dyke-march-barred-jewish-pride-flag-lgbtq-space-ncna1015786>

<https://latkesberlin.wordpress.com/2018/06/17/wegen-antisemitismus-gibt-es-in-berlin-keinen-alternativen-csd-mehr-und-niemand-spricht-darueber/>

<https://latkesberlin.files.wordpress.com/2018/06/analyse-der-rede-des-wagenplatz-kanal.pdf>

<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wenn-wir-streiken-steht-die-welt-still/>

**Die jewish.resistance.alliance ist eine Gruppe jüdischer und zionistischer Aktivist\*innen und ihrer Verbündeten, die aus unterschiedlichen Perspektiven beobachten, dass Jüd\*innen gerade in vermeintlich progressiven Kontexten starkem Antisemitismus ausgesetzt sind.**

# Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.

Die linken Szenen Berlins lassen die raumnehmende Machtpolitik des antiisraelischen Aktivismus größtenteils gedanken- und wortlos über sich ergehen.

Von Mathias Wörsching

## Link(sradikal)e Demos als Lemmingkolonne

Ob Hanau-Gedenken, Frauenkampftag oder »revolutionärer« Erster Mai – seit Jahren bieten die großen Demos der Berliner radikalen Linken das gleiche Bild: Vorneweg marschieren Blöcke von mehreren 100 Leuten mit palästinensischen Nationalfahnen und den entsprechenden antiisraelisch-antisemitischen Parolen. Mit dabei: Sich selbst als antirassistisch und antikolonial verstehende Gruppen wie Migrantifa und »Palästina spricht«, ein paar jüdische Linksradikale und »rote« Neo-K-Gruppen, die naht- und kritiklos an die düstersten Kapitel der unaufgearbeiteten linken Verbrechens- und Leidensgeschichte anknüpfen.

Widerspruch gegen die thematische Entführung und pro-palästinensische Instrumentalisierung link(sradikal)er Demos regt sich kaum. Hengameh Yaghoobifarahs feministischer, antisemitismuskritischer Einspruch zum Frauenkampftag 2022 blieb Ausnahme.<sup>1</sup> Dabei sehen viele Linke (darunter auch viele mit iranischem und/oder kurdischem Hintergrund) die antiisraelisch-antisemitische Tendenz durchaus mit Unbehagen.

Die Gründe für das Schweigen dürften vielfältig sein: Konfliktscheu, Ermüdung durch langjährige, teils verletzend geführte Anti-D-Antiimp-Debatten, Angst vor Rassismussvorwürfen (schließlich müsste sich in diesem Fall die Kritik teilweise an Leute richten, die von Ras-

sismus in Deutschland betroffen sind). Egal aus welchen Gründen – ein Teil der radikalen Linken läuft dumpf der palästinensischen Nationalfahne hinterher, ein anderer Teil verabschiedet sich innerlich und politisch vom Demo-Aktivismus oder gleich ganz von der radikalen Linken.

## Antiisraelische Vernichtungsfantasien...

Was sich hier bei link(sradikal)en Demos als »Palästina-Solidarität« inszeniert, ist kein Einsatz für einen dauerhaften Frieden oder für die Menschenrechte aller Bevölkerungsgruppen in der nahöstlichen Konfliktregion. Es ist Hass-, Kriegs- und Vernichtungspropaganda gegen den jüdischen Staat Israel.<sup>2</sup> Propagiert wird der Endsieg über Israel im Sinne einer »Einstaatenlösung Palästina«. Was dann aus den jüdischen Israelis werden soll? Die Antwort auf diese Frage liegt in den Totschlagparolen, die auf propalästinensischen Demos immer wieder unwidersprochen skandiert werden. Die antiisraelische »Boycott, Divestment, Sanctions (BDS)«-Bewegung<sup>3</sup> stellt klar, dass in ihren Augen alle jüdischen Israelis im Zweifelsfall Besatzer\*innen und koloniale Siedler\*innen sind und also weichen sollen, wenn Palästinenser\*innen ihre Häuser und Grundstücke beanspruchen.<sup>4</sup> Aus der linken »Palästina-Solidarität« ist zu hören, dass im angestrebten Großpalästina durchaus auch jüdische Leute leben dürften. Wer daran zweifelt und auf die jahrzehntelang gewachsene Feind-

schaft zwischen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung, auf vorhandenen massiven Antisemitismus usw. hinweist, dem\*der wird mitunter »antipalästinensischer Rassismus« unterstellt. Ob eingestanden oder nicht, ob kaltblütig in Kauf genommen oder mit Wunschenken weggewischt: Die antiisraelischen Vernichtungsfantasien richten sich in jedem Fall gegen die jüdisch-israelische Bevölkerung. Diese wäre in einem Großpalästina höchstwahrscheinlich von massenhafter Verfolgung und Vertreibung betroffen.

Aber egal was nationalistische und islamistische Palästinenser\*innen oder deren Unterstützer\*innen auch machen – die antiisraelischen Vernichtungsfantasien haben keine Chance auf Realisierung. Seit über 150 Jahren gibt es eine neue jüdische Siedlung auf dem Gebiet des heutigen Israel. Der Staat Israel besteht seit 75 Jahren. Mittlerweile leben jüdische Israelis in sechster, siebenter Generation dort.

Israel ist wirtschaftlich und militärisch stark. Es unterhält normale Beziehungen zu sehr vielen Ländern auf der Welt, mittlerweile auch zu einigen arabischen Ländern.<sup>5</sup> Sehr viele von Antisemitismus betroffene Menschen weltweit unterstützen die Existenz Israels, u.a. weil sie in diesem Staat ihren Schutzraum und ihre Schutzmacht sehen, also eine Art Lebensversicherung.

Israel wird also keinesfalls verschwinden. Forderungen nach seiner Vernichtung zu unterstützen, ist nicht nur un-

realistisch, sondern auch ein aktiver Beitrag zur Verlängerung des Nahostkonflikts. Verlängert werden somit auch die schlechten Lebensbedingungen für die meisten Menschen in den palästinensischen Gebieten. Statt nationalistische und islamistische Positionen auf palästinensischer Seite zu stärken, sollten Linke die marginalisierten Kräfte auf beiden Seiten unterstützen, die sich für Versöhnung und eine Friedenslösung einsetzen.<sup>6</sup> Diese Kräfte werden auf israelischer Seite von der politischen Rechten angefeindet und auf palästinensischer Seite teilweise unterdrückt und verfolgt.<sup>7</sup>

### ... als Irrweg des Antirassismus

Die Vernichtungsfantasien gegen Israel folgen logisch aus einer bestimmten Form von Antirassismus, Antikolonialismus und Antiimperialismus, die in Israel ein von Grund auf rassistisches Gebilde, einen »Siedlerkolonialismus« sieht. In dieser Sichtweise werden wichtige jüdische Perspektiven, jüdische Geschichte und die Geschichte des Antisemitismus systematisch ausgeblendet. Floris Biskamp hat zu diesen blinden Flecken, aber auch zu Leerstellen der Antisemitismuskritik viel Kluges geschrieben.<sup>8</sup>

Mit der Scheuklappen-Auffassung von Israel als »Siedlerkolonialismus« argumentativ verbunden ist die Geschichtslüge, bei der Staatsgründung Israels im

1 <https://taz.de/Antisemitismus-beim-Frauenkampftag/!5836637/>

2 Beispiel und Überblick: [https://www.jfda.de/post/israelfeindliche-demonstrationen-22\\_23\\_berlin](https://www.jfda.de/post/israelfeindliche-demonstrationen-22_23_berlin) ; <https://www.jfda.de/post/israelfeindliche-gruppen-und-antisemitische-parolen>

3 Zu BDS: [https://florisbiskamp.com/wp-content/uploads/2019/07/Floris-Biskamp-Mit-Boykotteur\\_innen-umgehen-Ein-Leitfaden-zum-Umgang-mit-der-israelfeindlichen-BDS-Kampagne.pdf](https://florisbiskamp.com/wp-content/uploads/2019/07/Floris-Biskamp-Mit-Boykotteur_innen-umgehen-Ein-Leitfaden-zum-Umgang-mit-der-israelfeindlichen-BDS-Kampagne.pdf)

4 <https://bdsmovement.net/A-Palestinian-Civil-Society-Critique-JDA> (Abschnitt C)

5 <https://www.dw.com/de/arabische-l%C3%A4nder-und-israel-zwischen-ann%C3%A4herung-und-anfeindung/a-61995135>

6 Etwa die zivilgesellschaftliche Initiative »Parents' Circle – Families Forum« (PCFF, <https://www.theparents-circle.org/en/pcff-home-page-en/>), die von der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) 2022 mit einer Veranstaltung unterstützt wurde (<https://berlin.vvn-bda.de/reconciliation/>)

7 Ein Beispiel: <https://www.timesofisrael.com/after-call-with-israelis-gaza-activist-tortured-by-hamas-forced-to-divorce/>

8 <https://www.budrich-journals.de/index.php/peripherie/article/download/36624/31241>

9 Differenzierung und Richtigstellung hier: <https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/download/rueckkehrrecht/?wpdmml=2525&refresh=642170c907ec31679913161>

10 Vergleiche [https://de.wikipedia.org/wiki/Apartheid\\_\(Recht\)#Israel/Pal%C3%A4stina](https://de.wikipedia.org/wiki/Apartheid_(Recht)#Israel/Pal%C3%A4stina) und den Text »Wir fordern das Wort ‚Apartheid‘ zurück!« von N. Nkosi (<https://www.linksnet.de/artikel/46949>).

jüdisch-arabischen Krieg von 1948 hätte es eine gezielte ethnische Säuberung gegen die arabisch-palästinensische Bevölkerung gegeben und den etwa 700.000 damals Geflohenen und Vertriebenen sowie ihren Millionen Nachkommen stehe ein individuelles »Rückkehrrecht« gegen Israel zu.<sup>9</sup> Ebenfalls in diese Schublade gehört der Vorwurf, dass Israel ein Apartheidstaat sei, was einerseits eine Dämonisierung Israels, aber andererseits auch eine Verharmlosung des rassistischen Apartheidsystems in Südafrika (ca. 1905-1994) darstellt.<sup>10</sup>

**Mathias Wörsching, engagiert sich in der Berliner VVN-BdA und solidarisiert sich mit der aktuellen israelischen Demokratiebewegung und dem säkularen, linken Zionismus.**

Eine längere Textversion findet sich auf der Webseite: [eag-berlin.tem.li](http://eag-berlin.tem.li)

## Weitere Beiträge zur Debatte:

Kumpanei mit linken Antisemit\*innen!

„...Die politische Linke ist sehr heterogen und es ist im Grundsatz einander zuzumuten, bei aller Kritik Differenzen auszuhalten. Unsere Haltung gegen Antisemitismus aber darf nicht verhandelbar sein. Es ist im Grunde ganz einfach: Mit Antisemit\*innen organisiert man weder Kundgebungen noch sitzt man neben ihnen in Bündnissen, stellt ihnen Räume zur Verfügung oder lädt sie zu Veranstaltungen ein. Wer es mit

der Emanzipation nur ansatzweise ernst meint, kann den Antisemitismus, diese massenmörderische Ideologie, nicht dulden...“

Es sind Hochzeiten für Antisemitismus weltweit. Teile der politischen Linken treiben sie voran. Antifaschistische Gruppen aus NRW haben ein Statement dazu verfasst:

Link: [keinekumpanei.noblogs.org](http://keinekumpanei.noblogs.org)



# Stellungnahme zum Hijacking-Versuch des 9. November-Gedenkens 2022 durch linke Antizionist\*innen

Jedes Jahr zum Jahrestag der Novemberpogrome vom 9. November 1938 treffen sich in Berlin-Moabit mehrere Hundert Antifaschist\*innen sowie Überlebende, um gemeinsam der Opfer der Nationalsozialist\*innen zu gedenken. Mit einer anschließenden Demonstration soll der Notwendigkeit von Antifaschismus, Anti-Antisemitismus und Antirassismus aktiv Nachdruck verliehen werden. Da aus der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen eine besondere Berücksichtigung des Antisemitismus und Nationalismus als ideologische Motive des Holocaust entspringt, ist dem linken Bündnis zum 9. November eine dezidierte Kritik der nationalen Erinnerungspraxis als Wiedergutwerdung der Deutschen und eine Tendenz zur Parteinahme für Israel eigen.

Diese Positionierung für den Schutzstaat für Verfolgte des Antisemitismus rief dieses Jahr auch linke Antizionist\*innen auf den Plan.

## Von Emanzipative & Antifaschistische Gruppe

Dass nun auch das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung selbst ins Visier genommen bzw. als antizionistisches Aktionsfeld gewählt wird, ist unseres Erachtens nach die vorläufige Frucht eines enorm in die akademische und kulturbetriebliche Breite gegangenen Antisemitismus (mehr dazu im Artikel: Antisemitismus im deutschen Kunst- und Kulturbetrieb in dieser Publikation) und des Dauerbeschusses durch multidirektionale Angriffe auf den hart errungenen Erkenntnisfortschritt über das Wesen des nationalsozialistischen Judenmords.

Der kleine inszenierte Protest gegen das Gedenken verlief mustergültig: man kündigte sich kurz vorher als jüdischer Block zur Kundgebung über Social Media an, ohne im Vorfeld den Kontakt zu den Veranstalter\*innen zu suchen, stellte sich während der Gedenkkundgebung mit Bannern und Schildern, deren israelfeindliche Inhalte nicht offenkundig, aber für Informierte zu entziffern waren,

etwas Abseits und wartete auf den Eklat. Man hatte sich wohl ein dynamisches, an die aktuelle Situation angepasstes Eskalationskonzept überlegt, denn die offenkundigeren Plakate blieben zunächst im Rucksack. Als eine Eskalation ausblieb und dem Block vonseiten der Organisator\*innen unter der Bedingung des Verzichts auf Parolen und Plakate, die dem Bündniskonsens widersprechen, angeboten wurde, an der Gedenkveranstaltung teilzunehmen, setzte man auf die mediale Wirkung des Hijackingversuchs - wenn nicht die Schlagzeilen ohnehin einkalkuliert waren, schließlich hatte man der eigens mitgebrachten Presse schon während der Kundgebung fleißig Interviews gegeben. Man echauffierte sich zutiefst darüber, dass man als Jüdinnen\*Juden in letzter Reihe laufen sollte und inszenierte sich als unschuldige Opfer von »Antideutschen«.

Der Skandalisierung des (Nicht-)Geschehenen kam die Aufmerksamkeit-ökonomie der Sozialen Medien zugute.

Während sich der Auswertungsbericht der Antizionist\*innen international verbreitete und eine beachtliche Reichweite erreichte, war das Bündnis mit der Nachbereitung der eigenen Veranstaltung vollends ausgelastet und auch aufgrund seiner Größe und seiner Entscheidungsstrukturen nicht in der Lage angemessen und zeitnah auf die Diffamierungen zu reagieren. Eine Woche später erschien dann ein tendenziöser Artikel auf ZEIT ONLINE, in dem Emily Dische-Becker, die auch die Hijacking-Memory-Konferenz ausrichtete (mehr dazu im Artikel: Kritikresistent: Das Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin in dieser Publikation) und der umtriebige antizionistische Aktivist Yossi Bartal unter dem Titel »‘Das sind Israelhasser‘, sagt der Deutsche« in gespielter Arglosigkeit das Narrativ der linken, progressiven Jüdinnen\*Juden gegen die konservative jüdische Mehrheit und »Antideutsche« für ihre Geschichtspolitik bedienten. Diese besteht im Kern darin, die Präzedenzlosigkeit des Holocaust

durch Relativierung oder Diffamierung als rechts aus dem kollektiven Gedächtnis zu verdrängen.

Mit dem Ziel, damit das Hindernis aus dem Weg zu räumen, das es derzeit einer antisemitischen »Israelkritik« noch schwermacht. Und dazu ist in der jüngeren Vergangenheit einiges geschafft worden: Das größte Verdienst dürfte wohl dem Multidirektionalitätsparadigma zu kommen, das eine erinnerungskulturelle Wende anstrebt und schon jetzt zu einer erfolgreichen Chiffre geworden ist, die für die Entspezifizierung der Shoa und des Antisemitismus steht. Hinzu kommen die seit einigen Jahren erfolgreichen Hijackings von Gedenkveranstaltungen (z.B. Hanau-Gedenken) durch die israelfeindliche Palästina-Solidaritäts-Bewegung; die ebenso wie die linksradikale 1. Mai-Demo inzwischen restlos zur Plattform für israelfeindlich ausgerichtete pro-palästinensische Propaganda solcher Gruppen wie Migrantifa, Roter Blüte Palästina oder Palästina spricht verkommenen ist (und die vom Jewish-Bund und Bartal ausdrücklich belobigt worden ist). Eine Demonstration, auf der teils dieselben Parolen zur Auslöschung Israels gerufen wurden wie auf den fast zeitgleich ebenfalls in Neukölln abgehaltenen Demonstrationen

islamisch-nationalistischer Milieus, auf denen der islamische Antisemitismus in seiner ganzen vernichtungsantisemitischen Gewaltrhetorik zutage trat. Dass es bei Rhetorik nicht bleibt, wenn es die Möglichkeiten zulassen, zeigt das iranische Regime, das auf seinem Weg zur der Israel geltenden Atombombe inzwischen bei einem Anreicherungsgrad von über 60% angekommen ist.

Dieser linke Antizionismus, der sich vom islamischen Vernichtungsantisemitismus nicht nur nicht abgrenzt, sondern gefährliche Überschneidungen billigt, hat mit Yossi Bartal, Emily Dische-Becker und co. einige sehr aktive jüdische Verteidiger\*innen, die diesen ganz explizit durch Verweis auf ihr Jüdischsein salonfähig zu machen versuchen. Sie sind gut vernetzt, suchen regelmäßig die Öffentlichkeit und haben eine weitreichende Social-Media-Aktivität und zustimmendes Echo in der linksliberalen Presse. Neuerdings sind sie an der jüngst gegründeten Jewish Diaspora Alliance beteiligt, die nach eigenem Bekunden Antisemitismus bekämpfen möchte, aber insbesondere diejenigen vereint, deren offenkundiges Ziel es ist, antizionistische Ressentiments und Feindschaft gegen Israel vom Makel des Antisemitismusvorwurfs zu reinigen.

Am 9. November versuchten sie die Moabiter Gedenkkundgebung mit chiffrierten israelfeindlichen Inhalten zu stören, während man in Berlin-Neukölln den Jahrestag der Novemberpogrome unter dem Motto »Von Berlin bis nach Palästina: Hoch die internationale Solidarität« loszuwerden versuchte. Am Alexanderplatz war das verschwörungsideologische »Freie Geister Kollektiv« zeitgleich auf seine Weise darum bemüht, die Erinnerung an die Reichspogromnacht zu überschreiben und den Tag wieder zu einem des deutschen Volkes zu machen. Die antifaschistische Demonstration durch Moabit, die von der ehemaligen Synagoge zum Deportationsmahnmal an der Levetzowstraße verlief, wurde, wie jedes Jahr, durch antisemitische Vorfälle - israelfeindliche Bezugnahmen auf den Nahostkonflikt, Drohungen und Beleidigungen, wie »Scheiß Juden« und »Der Adolf soll euch holen« - begleitet.

Aus diesen Gründen bleibt für uns notwendig und zu sagen: auf der 9. November-Kundgebung gibt es einen nicht verhandelbaren Konsens:

**Gegen jeden Antisemitismus - auch den israelbezogenen!**



bündnis gegen  
autoritäre formierung

[www.gegenform.tem.li](http://www.gegenform.tem.li)



X / insta: gegenformberlin

# Debatten in der deutschen Linken III Nach dem 7. Oktober



# „Enraged, I fight back!“ Über die Instrumentalisierung von Jin, Jiyan, Azadî durch vermeintliche Feministinnen nach dem 7. Oktober

Das Hamas-Massaker in Israel am 7. Oktober war das größte Pogrom an Jüdinnen und Juden seit der Shoah. Der 7. Oktober ist eine Zäsur und zeigt vor allem auch, dass viele „Feministinnen“ und „Progressive“ es mit ihren eigenen Idealen nicht ernst meinen, wenn es um Jüdinnen und Juden und Israel geht. Insbesondere zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, dem 25. November, haben identitätspolitische Aktivistinnen ausgerechnet den kurdischen Frauenkampf-Slogan Jin, Jiyan, Azadî (dt.: „Frau, Leben, Freiheit“) für ihre israelfeindlichen Aufmärsche vereinnahmt.

Von Soma M. Assad

Der vorliegende Beitrag versucht eine Kritik an diesen aktuellen Entwicklungen zu formulieren: Vermeintlich feministische Progressive im Westen verschleiern aufgrund ihres Antisemitismus den Zusammenhang zwischen Kräften, die im Nahen Osten gegen den Islamismus und Terrorismus kämpfen. Dabei verraten sie nicht nur mühsam erkämpfte feministische und emanzipatorische Werte, sondern vereinnahmen und instrumentalisieren den kurdischen Befreiungskampf, um Israel und Jüdinnen und Juden zu isolieren.

## Wofür steht Jin, Jiyan, Azadî?

Die Hauptidee von Jin, Jiyan, Azadî ist, dass die Befreiung der Frau und ihre Selbstbestimmung mit dem kurdischen Befreiungskampf zusammenhängt. Damit besagt dieser Slogan, dass ohne die Befreiung der kurdischen Frauen vom Patriarchat kein freies Kurdistan existieren kann. Mit Patriarchat ist hier nicht nur die Vorherrschaft der Männer innerhalb der kurdischen Gemeinschaft,

sondern die türkischen, iranischen und arabischen Kolonisatoren und deren islamistischen Regierungen und Proxies gemeint. Der kurdische Kampf gegen politische Verfolgung durch die Machthaber in der Türkei, im Iran, in Irak und in Syrien ist damit immer an die Geschlechterfrage gekoppelt.

Die geistigen Wurzeln der Jin, Jiyan, Azadî-Bewegung sind in der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung des späten 20. Jahrhunderts verortet. Die kurdische Arbeiterpartei PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê) hat in ihrem allerersten Programm von 1979 die „Aufgaben der Revolution Kurdistans“ unter anderem als „Abschaffung aller Arten feudaler Unterdrückung der Frauen und Festschreibung der Gleichheit von Männern und Frauen“ bestimmt.<sup>1</sup> Mit der Herausbildung der kurdischen Frauenbewegung als wesentlichem Teil der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung wurde der Slogan zunächst von deren Mitgliedern gerufen. Im Rückzugsgebiet

der PKK, dem Kandil-Gebirge im Norden Iraks – das knapp 100 Kilometer südlich der türkischen Grenze liegt und nicht weit vom Iran entfernt ist –, arbeiteten kurdische Frauen an einer Basissolidarität mit anderen Frauen in den übrigen Teilen Kurdistans und andernorts.<sup>2</sup> Zunächst mobilisierte Jin, Jiyan, Azadî Kurdischen und Kurden in Nordkurdistans und in der Südosttürkei. Bedeutend und auch für die westliche Welt relevant wurde der Slogan schließlich im Zuge der Frauenrevolution in Rojava/Nordwestsyrien, welche von den kurdischen Frauenverteidigungseinheiten getragen wurde, den YPJ (Yekîneyên Parastina Jin). Mittlerweile ist die Parole zum einheitlichen Ruf für die revolutionäre Bewegung in Ostkurdistans/Westiran und im gesamten Iran und in Afghanistan geworden. Um diesen Erfolg zu verstehen, ist zunächst an die politische Entwicklung in den 2010er Jahre zu erinnern.

## Rückblick auf den Genozid des IS und die aktuelle Rolle der Türkei

Frauen und Kinder sind immer die ersten Opfer von Krieg und leiden auch an dessen Nachwirkungen besonders. Vor allem Islamisten und Militärs in Diktaturen nutzen Vergewaltigung und Misshandlungen von Frauen als Kriegsstrategie, da diese Gewaltform der zusätzlichen Erniedrigung des Feindes dient. Der Frauenkörper wird von autoritären Kräften nochmals zum Objekt, konkret: zum zusätzlichen Kriegsschauplatz, gemacht. Die international angereisten Terroristen des sogenannten Islamischen Staats – darunter mehr als 1100 Männer und Frauen allein aus Deutschland<sup>3</sup> – haben 2014 im Irak einen Genozid an den Êzîdinnen und Êzîden verübt und im kurdischen Gebiet des Landes sowie in Syrien einen Krieg gegen Kurdinnen und Kurden begonnen, teilweise mithilfe der arabisch-sunnitischen Zivilbevölkerung.

Dieser Genozid war zugleich ein Femi-zid, denn Tausende Êzîdinnen – unter ihnen zahlreiche junge Mädchen und Kinder – wurden missbraucht, vergewaltigt, ermordet und als Sex-Sklavinnen gehalten und weiterverkauft. Zwar befinden sich noch immer bis zu 3000 Êzîdinnen in IS-Gefangenschaft,<sup>4</sup> doch mithilfe von US-Luftunterstützung haben die kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ YPG (Yekîneyên Parastina Gel), darunter insbesondere die Frauenverteidigungseinheiten YPJ, den Islamischen Staat erfolgreich bekämpft und weitestgehend aus Kurdistan zurückgedrängt. Mit diesem Sieg ging unweigerlich die Idee der Frauenrevolution von Jin, Jiyan, Azadî einher.

Den IS-Schergen galt die Ermordung durch die Hand einer Frau als Verhinderung des ersehnten „Märtyrertods“ (Shahid) und damit der Verheißung einer posthumen Belohnung in Gestalt von 70 Jungfrauen, die einem Shahid im Paradies angeblich zustehen, weswegen sie vor den Frauenbataillons der YPJ große Angst hatten.<sup>5</sup> In den inzwischen zurückeroberten Gebieten in Rojava, die nunmehr von den YPJ verwaltet werden, wurden bereits Wahlen durchgeführt. In der Übergangsregierung wurden Vertreterinnen und Vertreter verschiedener ethnischer und religiöser Gruppen – darunter êzidischer, assyrischer,

armenischer und alwatischer Herkunft – gewählt. Zudem wurde ein System etabliert, das Frauen und junge Mädchen zur Selbstständigkeit verhilft und sie allgemein empowert.<sup>6</sup>

Entlang der knapp 900 Kilometer langen Grenze zur Türkei finden sich Camps für Geflüchtete, in denen vor allem jene Êzîdinnen und Êzîden untergebracht sind, die den IS überlebt haben. Diese Einrichtungen werden immer wieder vom türkischen Militär angegriffen. Im Frühjahr 2018 startete die islamo-nationalistische Regierung unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan eine Offensive gegen die kurdische Stadt Afrin und eroberte sie in einem knapp drei Monate andauernden Krieg, der auch in der Türkei kritisiert wurde. Diese Machtdemonstration sollte Erdoğan auch dabei helfen, von innenpolitischen Konflikten abzulenken, die er sich vor allem durch eine schlechte Wirtschaftspolitik selbst zu verschulden hat und die zu einem historischen Höchststand der Inflation im Land geführt hat. Zum anderen diente der Krieg der Selbstbehauptung als sunnitische Bastion in der Region, was insbesondere als Geste gegen den Iran zu verstehen ist, der Bashar al Assad unterstützt. In diesem Zuge näherte sich die Türkei ideologisch und strategisch der islamistischen Hamas an. So setzen sich die Bodentruppen des Eroberungsfeldzugs in Afrin im Frühjahr 2018 aus Al-Qaida-nahen arabischen Jihadisten, auch bekannt als SNA (Syrian National Army), sowie aus der Ahrar al-Sharqiya zusammen – einer weiteren Gruppe, die zwar Teil der SNA ist, deren Mitglieder jedoch von der Türkei als loyale Söldner ausgebildet wurden. Die türkische Luftwaffe – die zweitstärkste NATO-Armee – bombardierte Afrin derweil aus der Luft. Durch die Invasion der Türkei in Rojava wurden auch Gefängnisse zerstört, in denen von der YPG gefangengenommene IS-Terroristen einsaßen, wodurch diese entkamen. Laut Augenzeugen sollen diese inzwischen Häuser besetzt haben, in denen vormals Kurdinnen und Kurden gelebt haben, die vor den Türkei-nahen Islamisten fliehen mussten.<sup>7</sup> Die islamistischen Türkei-Proxies sahen in Kurdinnen und Kurden vor allem „Atheisten“ und „Kommunisten“, verfolgten und vertrieben sie unter „Allahu Akbar“-Rufen, besetzten ihre Häuser

und zerstörten kurdische Symbole, die sie für Götzen halten.<sup>8</sup> Zudem richteten sie Menschen hin, die sie für YPG-Kämpfer hielten und die sie als „Schweine“ bezeichneten; von diesen bestialischen Taten existieren Aufnahmen.<sup>9</sup> Bekannt sind auch Fälle von Vergewaltigungen êzidischer und kurdischer Frauen.<sup>10</sup> Mittlerweile verschleiern sich über 90 Prozent der Frauen in Afrin aus Angst vor Misshandlungen und Vergewaltigungen. Die türkischen Söldner ziehen durch die Straßen der Stadt und ermahnen Frauen, die nicht verschleiert beziehungsweise in den Augen der Jihadisten nicht angemessen gekleidet sind.<sup>11</sup> Unter Erdoğan wurde die Türkei im Zuge der türkischen Invasion in Rojava islamistisch ausgerichtet, was nicht nur eine politische Kooperation mit der Hamas umfasst, sondern auch eine ideologisierte Politik des Islamismus, der gesellschaftlich immer stärker wirkt.

Nach dem Massaker am 7. Oktober und der Aufrufung des islamistischen Kriegs gegen Israel und die jüdische Gemeinschaft weltweit am darauffolgenden Freitag, dem 13. Oktober – dem sogenannten „Tag des Zorns“, an dem in der Diktion der iranischen Mullahs zur Gewalt gegen Israel und Jüdinnen und Juden weltweit aufgerufen wurde –, veranstaltete Erdoğan in stillschweigender Konkurrenz zur „Islamischen Republik“ eine eigene Massenkundgebung in Istanbul. Dort behauptete er am 29. Oktober vor Zehntausenden Anhängern, dass es sich bei Israel um eine Besatzungsmacht handle, und wiederholte, dass die Hamas keine Terrororganisation sei. Hierfür ließ er sich von der Masse, die türkische und palästinensische Flaggen schwang, für seine antisemitische Terrorverharmlosung bejubeln.<sup>12</sup> Was antisemitische Propaganda anbelangt, wurde Erdoğan allerdings von Ali Erbas überholt. Der Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet bezeichnete Israel unmittelbar nach dem Pogrom als einen „rostigen Dolch im Herzen der muslimischen Welt“ und überbot dies kurz darauf mit der Bemerkung, dass der jüdische Staat „mit seinen Angriffen, die auf einem schmutzigen und perversen Glauben basieren“, in Gaza einen Genozid verübe.<sup>13</sup> Zudem sprach er Jüdinnen und Juden die Existenzberechtigung in Israel ab, indem er

behauptete, dass Jerusalem den Muslimen gehöre, und ergänzte: „Palästina und Gaza sind Heimatländer der Muslime und werden es bis ans Ende der Zeit bleiben.“<sup>14</sup> Als höchster geistlicher Würdenträger des Landes formuliert Erbas die ideologische und theologische Linie der Türkei und ist zudem Dienstherr von über 900 Imamen in Deutschland, so dass sich hieraus unmittelbare Folgen für die hiesige Gesellschaft ergeben. Am 15. Januar 2024, hielt der israelische Fußballprofil Sagiv Jehezkel nach seinem Ausgleichstor für Antalyaspor gegen Trabzonspor in der türkischen Liga, seinen bandagierten Arm mit dem kleinen geschriebenen Schriftzug „100 days, 7.10.“ und einem kleinen Magen David in die Kamera. Er erinnerte am 100ten Tag nach dem 7. Oktober an die von der Hamas noch in Geiselhaft verschleppten Menschen und an das Massaker, das die Hamas angerichtet hatte. Noch am selben Abend stellte sein Verein Antalyaspor ihn frei und der türkische Fußballverband befürwortete die Entscheidung da sein Verhalten „absolut inakzeptabel“ gewesen sei. Daraufhin wurde Jehezkel festgenommen, und die türkische Justiz ermittelte gegen ihn wegen des Verdachts der „Öffentlichen Anstiftung zu Hass und Feindseligkeit“. Zum Glück wurde Jehezkel freigelassen und konnte nach Israel ausreisen, dennoch zeigt der Fall, welche anti-israelische also islamistischen und antisemitischen Terror verharmlosende Stimmung in der Türkei vorherrscht.

### Die antisemitische „Islamischen Republik Iran“ und der 7. Oktober

Das iranische Regime steht der heutigen Erdoğan-Türkei in staatlichem Antisemitismus in nichts nach. Die sogenannte „Islamische Republik Iran“ basiert auf der Revolutionsideologie von Ruhollah Chomeini (1902-1989), einem glühenden Antisemiten. In einer seiner ersten Reden nach der Machtergreifung 1979 bezeichnete der Ayatollah Israel als eiternden und krebsartigen zionistischen Tumor im Körper der islamischen Länder.<sup>15</sup> Chomeini hat ein apokalyptisches islamistisches Herrschaftssystem geschaffen, die Welāyat-e Faqīh (dt.: „Statthalterschaft der Rechtsgelehrten“), das Frauen und Minderheiten als Menschen zweiter Klasse begreift und

sie in einen permanenten Angstzustand hält, und das die „Befreiung von Quds“ (arabisch für Jerusalem) zum Ziel hat – also die Zerstörung des jüdischen Staates.

Diese Ideologie, die der Iran mit seiner Politik des „Revolutionsexports“ – sprich: der geografischen Ausdehnung der Islamischen Revolution – in die gesamte Welt hinaustragen will, hat einen vernichtungsantisemitischen Kern, der nicht nur Israel, sondern alle jüdischen Menschen in der ganzen Welt gefährdet. Für diesen Revolutionsexport verfügen die Mullahs über eine eigens ausgebildete Einheit: Die sogenannten Quds-Brigaden, ein Teil der Revolutionsgarden. Deren Aufgabe reicht von der Systemerhaltung durch das brutale Niederschlagen regimekritischer Proteste für Demokratie auch im Ausland bis hin zu dem antisemitischen Schlag gegen Israel. Im Inland sind die Revolutionsgarden für die brutale Niederschlagung der Jin, Jiyan, Azadî-Proteste verantwortlich, im Ausland für die Verfolgung Oppositioneller sowie für die Vorbereitung von Anschlagplänen auf jüdische und israelische Einrichtungen. So wurde Mitte Dezember 2023 durch ein Verfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf nicht nur öffentlich, dass ein Deutsch-Iraner 2022 einen Anschlag auf eine Synagoge in Bochum geplant hatte, sondern auch, dass eine staatliche iranische Stelle in diese Anschlagpläne involviert war.<sup>16</sup>

Nicht nur der Verfassungsschutz warnt vor dem langen Arm des Regimes. Die Revolutionsgarden stehen in den USA längst auf der Terrorliste, in Kanada wurden zuerst die Quds-Brigaden und seit Juni 2024 die gesamten Revolutionsgarden auf die Terrorliste gesetzt, jedoch immer noch nicht auf EU-Ebene, obwohl diese Forderung bereits mehrfach im europäischen Parlament erhoben worden ist. So wurde vom juristischen Dienst des europäischen Rats ein Rechtsgutachten erstellt, auf das sich die grüne Außenministerin Annalena Baerbock im Frühjahr 2023 bezog; schenkt man ihren Worten Glauben, läge keine stichfeste rechtliche Grundlage für ein solches Verbot vor.<sup>17</sup> Laut taz sei dieses Gutachten jedoch lediglich eine Ausrede für das Außenministerium gewesen, da es unter Bezugnah-

me auf drei Völkerrechtsexperten nicht besagt, dass es juristisch unmöglich wäre, die Revolutionsgarden auf die EU-Terrorliste zu setzen.<sup>18</sup> Es liegt die Vermutung nahe, dass das deutsche Außenministerium hier fadenscheinig argumentiert, weil der politische Wille für ein solches Verbot schlichtweg inexistent ist. Fest steht jedenfalls, dass die Einstufung der Revolutionsgarden als Terrororganisation in der EU und ihr Verbot in Deutschland längst überfällig sind. Eine solche Terrorlistung würde das Regime erheblich unter Druck setzen und dessen Isolierung verstärken. Dies wäre auch ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit der Demokratiebewegung im Iran und ein Signal, dass die Sicherheit Israels, dessen Existenzgarantie deutsche Staatsräson ist, ernst genommen wird.

Neben der strategischen und finanziellen Unterstützung der Hamas sorgt das Mullah-Regime außerdem im Irak, Libanon und Jemen für Instabilität und hilft Russland bei dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit der Lieferung von Militärgütern aus. Nicht von der Hand zu weisen sind die Atom-Ambitionen des Regimes und die regelmäßigen Vernichtungsdrohungen gegen Israel. Das Hamas-Massaker am 7. Oktober wurde in Teheran von einigen Tausend Regime-Anhängern gefeiert.

Das Mullah-Regime stellt mit der schiitischen Achse – die neben Syrien unter Assad noch die von Chomeini mitgegründete libanesische Hisbollah<sup>19</sup> umfasst – insbesondere für Israel, Kurdinnen und Kurden und im Exil lebende Iranerinnen und Iraner, aber auch für den gesamten Nahen Osten eine reale Gefahr dar, zumal es seit über 40 Jahren waltet, Chaos stiftet. Während der 7. Oktober für Israel und die jüdische Community und darüber hinaus eine Zäsur ist, verdeutlicht das Massaker die grundsätzliche Gefahr, die vom iranischen Regime ausgeht, das kurz vor dem Pogrom vermehrt internationaler Kritik ausgesetzt gewesen war. Die Weltöffentlichkeit blickte auf die „Frau, Leben, Freiheit“-Proteste im Land und kritisierte die Niederschlagung der Frauen- und Demokratiebewegung durch das Regime. Die Mullahs wurden international immer weiter isoliert und dürften sich in die Ecke gedrängt gefühlt haben. Mit

dem Terror-Anschlag der vom Iran mitfinanzierten Hamas liegt das globale Augenmerk nunmehr nicht auf die, das Regime in ernsthafte Bredouille bringende „Frau, Leben, Freiheit“-Bewegung und ihren mutigen Protestierenden. Die Unterdrückung, Misshandlung, Vergewaltigung bis hin zur Ermordung kurdischer Frauen gehören ebenfalls fest zur Politik des islamistischen Regimes. Der bekannteste Fall ist die Ermordung der 22-jährigen Kurdin Jîna Amini – auch unter ihrem von den Mullah-Behörden oktroyierten Vornamen „Mahsa“ bekannt –, die am 13. September 2022 von der iranischen „Sittenpolizei“ in Teheran festgenommen wurde, weil sie angeblich ihr Kopftuch nicht „richtig“ getragen habe. In der Haft – mittlerweile gibt es etliche bestätigte Zeugenaussagen und Berichte des Tathergangs – wurde Amini so heftig geschlagen, dass sie bereits im Koma liegend in ein Krankenhaus eingeliefert wurde und am 16. September einem Schädel-Hirn-Trauma erlag. Hierbei handelt es sich keineswegs „nur“ um die Gewalt einzelner „Sittenpolizisten“, sondern um die des gesamten Mullah-Regimes, die Aminis Leben auf dem Gewissen hat. Ihr Tod löste eine landesweite Protestbewegung aus, denn der vermeintliche Einzelfall ist ein weiterer staatlicher Mord an der Angehörigen einer Minderheit – und diese Gewalt hat in der „Islamischen Republik“ traurige Tradition. Seit 1979 verstärkten die Mullahs im Iran die Unterdrückung und Verfolgung der kurdischen, belutschischen und lurischen Bevölkerungsgruppen, ebenso die der Bahai, aller Oppositionellen und der Frauen. So erließ Chomeini bereits am 19. August des Jahres eine Fatwa, die zum „Jihad gegen Kurden“ aufrief und alsbald zur Ermordung von 10.000 Zivilistinnen und Zivilisten führte.<sup>20</sup> Qasem Soleimani, Kommandeur der Quds-Brigaden, war als General für die brutale Niederschlagung der Proteste von Kurdinnen und Kurden gegen die Chomeini-Islamisten verantwortlich.<sup>21</sup> Im Irak war er nach 2014 für mehrere Anschläge auf US-Stützpunkte verantwortlich, weswegen die USA Soleimani am 3. Januar 2020 mit einer Drohne gezielt töteten. Seitdem wird sein Todestag vom iranischen Regime und Regime-Anhängerinnen und Anhängern weltweit

– auch in Deutschland – begangen. Im von Iran-Proxies „Hashd al Shabi“ besetzten kurdischen Kirkuk und den besetzten Gebieten der Provinz Diyala in Irak ist dieses Jahr der 3. Januar zum Staatstrauertag für Soleimani ausgerufen worden.<sup>22</sup> Dies reiht sich in eine Folge von Repressalien und Schikanen der „Islamischen Republik“ gegen die kurdische Bevölkerung in Südkurdistan/Nordirak ein. Am 15. Januar 2024 beschloss das iranische Regime mit Raketen und Drohnen die Stadt Erbil (Südkurdistan/Nordirak). Dem iranischen Raketenangriff fielen mehrere Zivilistinnen und Zivilisten zum Opfer, das Jüngste ein elf Monate altes Baby. Während die IDF („Israel Defence Forces“) sich gegen die von Teheran finanzierte und von Ankara unterstützte Hamas verteidigt, protestieren Kurdinnen und Kurden, Belutschinnen und Belutschen und Iranerinnen und Iraner unter dem aktuellen Protestruf „Frau, Leben, Freiheit“ gegen die Türkei und das Regime in Iran. Die Verwendung des Protestmottos zum Kampf gegen die islamistischen Mullahs und der revolutionären Überwindung der Diktatur nahm nicht zufällig in den kurdischen Gebieten seinen Anfang. Kurdinnen und Kurden leiden nicht nur aufgrund ihrer Ethnie und Religion an Mehrfachdiskriminierung<sup>23</sup> – der kurdische Bevölkerungsanteil ist im staatlich schiitische ausgerichteten Iran mehrheitlich sunnitisch –, sondern auch aufgrund ihrer Klasse, denn im Iran gehören sie zur ärmsten Bevölkerungsschicht. Dass Kurdinnen und Kurden sich seit Jahrzehnten hiergegen wehren, zieht nicht nur den Hass der Mullahs, sondern auch das Ressentiment persischer Nationalistinnen und Nationalisten sowie einiger exilierter Shah-Anhängerinnen und -Anhänger auf sich, die in ihnen vor allem „Separatisten“ sehen. Ähnliches gilt für die belutschische Minderheit. Das ist auch der Grund, warum das iranische Regime in kurdischen und belutschischen Gebieten bei den immer wieder aufflammenden Protesten härtere Artillerie einsetzt als in den persischen Landesteilen. Jîna Amini war eine freiheitsliebende kurdische Frau und verkörperte schon damit alles, was die Mullahs und ihre Handlanger von der „Sittenpolizei“ verachten. Dass Letzte-

re Amini ins Fadenkreuz nahmen, war schon deshalb unvermeidlich, weil sie eine Frau im Iran war. Doch aus dem Umstand, dass sie Kurdin war, resultierte ihr Todesurteil.

Bei Aminis Beerdigung in ihrer kurdischen Heimatstadt Saqqez kam es am 17. September 2022 zu einem historischen Moment, denn die kurdischen Frauen nahmen auf dem Ayçî-Friedhof aus Protest das obligatorische Kopftuch ab – eine Straftat im Iran – und riefen unter anderem „Jin, Jiyan, Azadî“. In den nächsten Tagen begannen auch andere kurdische Frauen in den kurdischen Städten und Dörfern unter demselben Protestruf, der sich als Kampfslogan gegen die Islamisten auf die Frauenrevolution in Rojava bezog, zu demonstrieren und nahmen zum Teil ebenfalls ihre Kopftücher ab. Wenige Tage später dehnten sich die Proteste auf das gesamte Land aus. Aminis Ermordung führte zu einer bemerkenswerten Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden – und die Jin, Jiyan, Azadî-Revolution bescherte der Islamischen Republik eine ernsthafte Destabilisierung.

Das Pogrom der Hamas in Israel bestärkte den Iran genauso wie Islamisten weltweit, gegen den verhassten israelischen Feind zu mobilisieren. Das Mullah-Regime weiß, dass die Aufmerksamkeit einer überwiegend antiisraelischen Weltöffentlichkeit dem sogenannten „Nahost-Konflikt“ gilt, und heißt das Pogrom der Hamas auch deshalb willkommen an, da es von der Innenpolitik und den Jin, Jiyan, Azadî-Protesten ablenken kann. Anlässlich des vierten Todestags von Qasem Soleimani hat der iranische Präsident Ibrahim Raisi vor einer großen Menge öffentlich antisemitisch, antiamerikanisch und antikurdisch mobilisiert und behauptet: „Qasem Soleimani hat nicht zugelassen, in der Gegend ein zweites Israel zu errichten.“<sup>24</sup> Mit „in der Gegend“ waren die kurdischen Gebiete im Irak, allen voran Kirkuk gemeint, das seit dem 16. Oktober 2017 durch die Hashd al Shabi besetzt ist, die Soleimani bis zu seinem Tod unterstanden. Der Iran bleibt unter den Mullahs explosiv für die gesamte Region und ist eine lebensgefährliche Bedrohung allen voran für Kurdinnen und Kurden, für Frauen und für Israel – und für Jüdinnen und Juden in Europa.

## Der Antisemitismus wird durch den Verrat „feministischer Progressiver“ bestärkt

Wie alle Angehörigen islamistischer Organisationen verachten die für den antisemitischen Massenmord an mehr als 1200 Menschen verantwortlichen Hamas-Terroristen zuvörderst Frauen.<sup>25</sup> Ihre bestialischen Taten filmten sie mit Go-Pro-Kameras, um ihre Propaganda-bilder live in alle Welt zu senden. Es gehört zur Kriegsführung der Hamas, dass sie ihre bestialischen Taten durch teilweise professionell und auch zum Teil auf Englisch produzierte Propaganda-bilder und -videos auf bekannten Kanälen im Internet veröffentlichen. Die Antisemitismus- und Social-Media-Forscherin Monika Hübscher bewertet dies als strategische Kriegsführung der Terrororganisation, die zur Anstachelung und Normalisierung von Gewalt gegen Israelis und Jüdinnen und Juden führen sollen.<sup>26</sup> Diese Bilder sollen entmenschlichen und die Flut an veröffentlichtem Propagandamaterial weltweit von Usern verbreitet werden. Teilweise griffen auch Journalistinnen und Journalisten auf das Material zurück. Außerdem gehört zur Strategie der Hamas-Terroristen, dass sie ihre Opfer, und zwar vor allem die weiblichen, als „Kriegstrophäen“ zur Schau stellen, um ihre Macht damit doppelt zu präsentieren: Ungefilterte Social-Media-Beiträge führen ohnehin zur Verrohung der Gesellschaft, die von der Hamas auf eine Verrohung gelenkt wird, die sich gegen Israelis und Jüdinnen und Juden richten soll. Die von den Hamas-Schergen misshandelten nackten Frauenkörper wurden öffentlich dargeboten, indem sie sie auf Pick-ups luden und durch Gaza-Stadt fuhren, während palästinensische Jungen und Männer die Leichen bespuckten. Die Menschenrechtsorganisation Physicians for Human Rights – Israel (PHRI) und viele weitere israelische Menschen- und Frauenrechtsorganisationen zeigen in ihren Berichten, die auf den Erzählungen und Schilderungen überlebender Frauen basieren, dass gezielte geschlechtsspezifische sexuelle Gewalt ein wesentlicher Teil der Anschläge vom 7. Oktober war. Dies bestätigte auch noch einmal eine ausführliche Recherche der New York Times, deren Investigativ-Journalisten

zwei Monate lang in Israel mit Überlebenden, mit der Polizei sowie mit anderen zuständigen Behörden gesprochen und an den Anschlagorten recherchiert haben.<sup>27</sup> Mittlerweile ist bekannt, dass die Hamas-Terroristen den expliziten Befehl ausführten, Frauen und Kinder zu „beschmutzen“.<sup>28</sup>

Wie haben nun die Weltöffentlichkeit und insbesondere die sich „progressiv“ und „feministisch“ wählenden Linken im Westen auf das größte Pogrom an Jüdinnen und Juden seit der Shoah reagiert? Während Israel weiterhin von Raketen der Hamas und der konkurrierenden Terrororganisation Palestinian Islamic Jihad, von der Hisbollah und den ebenfalls vom Iran unterstützten Huthi-Milizen angegriffen wird, blieb eine globale öffentliche Solidarität mit den Israelis und den jüdischen Gemeinden im Ausland aus. Dem nicht genug, folgte auf den 7. Oktober ein rasanter Anstieg des Antisemitismus weltweit. Antijüdische Straftaten stiegen allein in Deutschland in der ersten Woche nach dem 7. Oktober um über 240 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum an.<sup>29</sup> Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS e. V.) hat seit dem Pogrom deutschlandweit 29 antisemitische Vorfälle pro Tag verzeichnet.<sup>30</sup> Noch während die Hamas auf israelischem Territorium wütete, verteilten Berliner Islamisten am Abend des 7. Oktobers auf der Sonnenallee im Stadtteil Neukölln Süßigkeiten und feierten den Massenmord als „Widerstand“. Maßgeblich beteiligt an der antisemitischen, terrorverharmlosenden „Süßigkeiten-Aktion“ und an weiteren antisemitischen Kundgebungen war Samidoun, eine Vorfeld-Organisation der auf EU-Ebene als Terrororganisation eingestuften „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP), deren deutsche Selbstbezeichnung „Solidaritätsnetzwerk für palästinensische Gefangene“ lautet.<sup>31</sup> Mittlerweile – besser spät als nie – unterliegen Samidoun wie Hamas einem Betätigungsverbot in Deutschland.<sup>32</sup> Am 14. Januar 2024 wurde in Berlin bei der Demonstration von linken Gruppierungen im Gedenken an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, „Yemen, Yemen, make us proud, turn another ship around gerufen“. Damit feierten die sich als kommunistisch

verstehenden Demoteilnehmenden die vom Iran unterstützten Huthi-Milizen ab, die im Roten Meer Handelsschiffe angreifen, die sie mit Israel in Verbindung bringen. Das ist ein offener Bündnisauf-ruf seitens angeblicher Linker mit dem islamistischen Regime im Iran.

Israel und den jüdischen Gemeinden im Ausland wurde nach dem 7. Oktober keine Gelegenheit gegeben zu trauern. Solidaritätsveranstaltungen für die zerstörten Kibbuzim und die Angehörigen musste die jüdische Gemeinschaft fast ausschließlich selbst organisieren. So fand zum Beispiel in Berlin Ende Oktober 2023 das Konzert „Sing 4 Israel“ statt, das ausschließlich von jüdischen Organisationen organisiert wurde. Ein Solidaritätskonzert, das von der Gesamtgesellschaft getragen und an dem beispielsweise verschiedene deutschlandweit bekannte Künstlerinnen und Künstler singen würden und dies zum Beispiel in öffentlich-rechtlichen Medien ausgestrahlt werden würde, blieb bis heute aus.

Insbesondere Menschen- und Frauenrechtsorganisationen, die sonst für konfliktbedingte geschlechterspezifische Gewalt als Strategie der Kriegsführung sensibilisiert sind, reagierten nicht auf das kaum auszuhaltende Bildmaterial vom Pogrom und auf die Berichte israelischer Frauen, die das Massaker überlebt hatten.<sup>33</sup> Die UN Women – das internationale Gremium, das sich der Geschlechtergerechtigkeit und der Selbstermächtigung von Frauen weltweit verschrieben hat – vermochten es nicht, den antisemitischen, frauenverachtenden Hamas-Terror als solchen zu verurteilen.<sup>34</sup> Der National Council of Jewish Women verfasste deshalb gemeinsam mit über 140 weiteren Frauenrechtsorganisationen einen Brief an die UN Women, die Verbrechen der Hamas als Menschenrechtsverbrechen anzuerkennen.<sup>35</sup> An Interessenlosigkeit an der Region kann das Schweigen nicht liegen, denn die UN Women legten bereits am 20. Oktober einen ausführlichen Bericht über die „verheerenden Auswirkungen des Kriegs auf Frauen und Mädchen in Gaza“ vor.<sup>36</sup> Gleichwohl waren sie bis zum 25. November – dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen – nicht willens, die islamistischen Täter zu verurteilen und die israelischen

Frauen zu unterstützen. Diese Entsolidarisierung isoliert die Opfer brutalster körperlicher Gewalt und versetzt sie in eine Position, in der es für sie noch schwieriger ist, über die Misshandlungen zu sprechen. Damit wird ihnen einmal mehr signalisiert, über das Erlebte zu schweigen.<sup>37</sup>

Ähnliches war auch andernorts zu beobachten. Anstatt sich mit den israelischen Frauen solidarisch zu erklären, haben viele „Linke“ in Westeuropa und Nordamerika, die sich als feministisch und progressiv verstehen, den Hamas-Terror zu antikolonialem „Widerstand“ verharmlost, gefeiert oder gar in klassischer antisemitischer Manier als Lüge bezeichnet. Außerdem haben sie den Slogan Jin, Jiyan, Azadî und Symbole der kurdischen YPJ für ihre israelfeindliche Agenda vereinnahmt. Dies resultiert keineswegs aus fehlenden Informationen über die politische Situation vor Ort. Vermeintlich feministische „Progressive“ überführen sich durch ihr Agieren selbst ihrer antisemitischen Doppelmoral. Ihre Vereinnahmung der Jin, Jiyan, Azadî-Bewegung und weiterer tatsächlich progressiver Bewegungen steht für nichts anderes als für die geistige Verbrüderung mit Islamisten – und für ihren eigenen Antisemitismus. Aus der Vorgehensweise legalistischer islamistischer Gruppierungen und legalistischer Rechtsextremisten in Europa ist bekannt, dass sie nicht nur regressive Bewegungen, sondern auch Instrumente der Demokratie und damit verbunden demokratische Begriffe für ihre faschistoide, demokratiefeindliche Agenda vereinnahmten.<sup>38</sup> Teile der sich vermeintlich für progressiv haltenden und für Frauenrechte einsetzenden Linken weisen ideologisch und methodisch Überschneidungen zu diesen Strömungen auf.

Die sich selbst als feministisch bezeichnende Organisation Zora Deutschland etwa weiß sehr genau um die politischen Verhältnisse im Nahen Osten. Am einjährigen Todestag Jîna Aminis organisierten ihre Mitglieder im Rahmen eines großen Bündnisses „feministischer“ Organisationen eine Demonstration in Berlin, die sich allen voran gegen die „Islamische Republik“ richtete. Das iranische Regime als Finanzier und Unterstützerin der Hamas

auch nach dem 7. Oktober öffentlich zu verurteilen, vermochte Zora Deutschland hingegen nicht, denn das Leid jüdischer und israelischer Frauen interessiert die Gruppierung nicht. Sie hat sich aktiv dagegen entschieden, solidarisch mit den weiblichen Opfern der Hamas-Islamisten zu sein. Außerdem lügt sie bewusst darüber hinweg, dass sich das kurdische Jin, Jiyan, Azadî vor allem gegen den Iran und die Türkei richtet – genauer: gegen den arabischen, türkischen und iranischen Kolonialismus und Islamismus. Die einzigen militärischen Kräfte im Nahen Osten, die aktuell erfolgreich hiergegen kämpfen, sind die YPJ und die IDF.

Eine andere Gruppe, die sich selbst „Alliance of Internationalist Feminists“ (AIF) nennt, hat neben einer Reihe an zutiefst terrorverherrlichenden, antiisraelischen und antisemitischen Kundgebungen ausdrücklich am 25. November 2023 – dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen – zur Solidarität mit dem „palästinensischen Widerstand gegen Vertreibung, Landraub und ethnische Säuberung“ aufgerufen. Der antisemitische, misogynen Hamas-Terror wurde dort als Widerstand gefeiert. Außerdem hat die AIF unter dem Motto „Enraged, We Fight Back!“ eine Kundgebung veranstaltet – verstanden als „Erinnerung“ an die „Schwestern“, die sich gegen „Kolonialismus, Imperialismus und Diktatur“ als Ausdruck des Patriarchats eingesetzt hätten. Auf dem Sharepic zur Demonstration sind unter anderem ein Profil einer YPJ-Kämpferin neben Ikonografien von Frauenkämpfern zu sehen. Neben den Namen der PFLP-Terroristin Leila Khaled setzten die hierfür Verantwortlichen den Namen der PKK-Mitbegründerin Sakine Cansız, die im Januar 2013 gemeinsam mit Fidan Doğan und Leyla Şaylemez in Paris von einem türkischen Nationalisten ermordet wurden, der Verbindungen zum türkischen Nachrichtendienst MIT hatte. Hierauf wird im Ankündigungstext selbstverständlich nicht weiter eingegangen, dafür aber der europäische Kolonialismus und „US-Imperialismus“ als Grund für die Staatsgründung Israels und Israel als Wurzel allen Übels – sogar für die Situation in Kurdistan – verantwortlich gemacht. Damit wird in antisemitischer Manier die wirkliche

Kolonialpolitik der Türkei umgedeutet. Bewusst ausgespart bleibt eine kritische Haltung zum Islamismus, ob in der Variante des Islamischen Staates oder in der Geschlechter-Apartheidsversion des iranischen Regimes. Und ein Einsatz für feministische Grundsätze und die Verurteilung sexueller Gewalt qua Terrorismus? Fehlanzeige. Stattdessen werden die kurdischen Frauenkämpfe von diesen genannten Organisationen für deren unverblühten Hass auf Israel und auf Jüdinnen und Juden instrumentalisiert. Bezeichnend war zudem, dass diese Kundgebung fast nur aus einem Meer aus Fahnen der Palästinensischen Autonomiegebiete bestand. Das hat absolut nichts mit kurdischen Kämpfen um Selbstbehauptung und noch weniger mit einer internationalen feministischen Solidarität zu tun, sondern zeigt einzig den antisemitischen, faschistoiden Charakter solcher Organisationen. Kurdinnen und Kurden sind neben Israelis und Jüdinnen und Juden sowohl Leidtragende des Islamismus als auch des türkischen, iranischen und arabischen Kolonialismus, der von den vermeintlich „Antikolonialen“ unerwähnt und unberührt bleibt.

Es wird noch lange dauern, bis alle Details der Verbrechen der Hamas-Terroristen und das, was die Israelis am 7. Oktober und danach durchlebt haben, vorliegen. Bis dahin ist eines jedoch gewiss: Als Befreiung vom patriarchalen Joch – dessen Hyperbel, wie hier dargelegt, der Islamismus der Hamas in Gaza, der Mullahs im Iran und der Erdogan-Türkei ist – steht Jin, Jiyan, Azadî für die unabdingbare Solidarität mit Israel und allen Jüdinnen und Juden.

**Eine frühere Fassung dieses Artikels erschien zunächst in Vojin Saša Vukadinović (Hg.), Siebter Oktober Dreiundzwanzig. Antizionismus und Identitätspolitik, Berlin 2024, S. 222-241.**

- 1 Anja Flach, *Frauen in der kurdischen Guerilla. Motivation, Identität und Geschlechterverhältnis in der Frauenarmee der PKK*, Köln 2007, S. 48.
- 2 Vgl. Rojin Mukriyan, „The Global Impact of Jin, Jiyan, Azadi“, The Kurdish Center for Studies, 12.09.2023, <https://nlka.net/eng/the-global-impact-of-jin-jiyan-azadi/> (letzter Abruf: 03.01.2023).
- 3 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, „Islamismus und islamistischer Terrorismus“, [https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/islamismus-und-islamistischer-terrorismus/islamismus-und-islamistischer-terrorismus\\_node.html](https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/islamismus-und-islamistischer-terrorismus/islamismus-und-islamistischer-terrorismus_node.html) (letzter Abruf: 03.01.2024).
- 4 Vgl. Thomas von der Osten-Sacken, „3. August: Erinnerung an den Völkermord an den Jesiden im Irak“, in: *Von Tunis nach Teheran*, 03.08.23, <https://jungle.world/blog/von-tunis-nach-teheran/2023/08/3-august-erinnerung-den-voelkermord-den-jesiden-im-irak> (letzter Abruf: 03.01.2024).
- 5 Ben Wedeman/Kareem Khadder/Alessandro Gentile/Adam Dobby, „This is a story about Syria at war, but it's not a war story“, *cnn.com*, 11.01.2016, <https://edition.cnn.com/2015/12/09/middleeast/syria-war-story-wedeman/index.html> (letzter Abruf: 03.01.2024).
- 6 Ihr Wille als Waffe, ND Podcast, Folge 6: „Ständige Bedrohungen“, 25.12.2022, <https://www.nd-aktuell.de/podcasts/ihr-wille-als-waffe> (letzter Abruf: 03.01.2024).
- 7 Asser Khattab, „Filled with hatred and a lust for blood: Turkey's proxy army in northern Syria accused of abusing civilians“, in: *Washington Post*, 10.11.2019.
- 8 Vgl. ebd.
- 9 Vgl. Elizabeth Tsurkov, Tweet vom 12.10.2019 <https://twitter.com/Elizrael/status/1183062803197939714> (letzter Abruf 03.01.2024).
- 10 Vgl. Elizabeth Tsurkov, „Who Are Turkey's Proxy Fighters in Syria?“, in: *The New York Review*, 27.11.2019, [https://www.nybooks.com/online/2019/11/27/who-are-turkeys-proxy-fighters-in-syria/?lp\\_txn\\_id=1515894](https://www.nybooks.com/online/2019/11/27/who-are-turkeys-proxy-fighters-in-syria/?lp_txn_id=1515894) (letzter Abruf: 03.01.2024).
- 11 Vgl. ebd.
- 12 Vgl. Al Jazeera English, „Turkey's Erdogan tells pro-Palestinian rally Israel is ‚an occupier‘“, 29.10.2023, [https://www.youtube.com/watch?v=tU5gP8OyHzU&ab\\_channel=AlJazeeraEnglish](https://www.youtube.com/watch?v=tU5gP8OyHzU&ab_channel=AlJazeeraEnglish) (letzter Abruf: 03.01.2024).
- 13 Zitiert nach Jan Michael Marchart/Theo Anders, „Erdo ans Chef-Imam hetzt gegen Israel, Schweigen und Ablehnung in Österreich“, in: *Der Standard*, 11.11.2023.
- 14 Zitiert nach ebd.
- 15 Vgl. Wahied Wahdat-Hagh, „Als Khomeini zum Heiligen Krieg gegen Israel aufrief“, in: *Die WELT*, 26.09.2008.
- 16 o. A., „Auswärtiges Amt bestellt nach Anschlagsurteil Irans Vertreter ein“, *ZEIT Online*, 19.12.2023, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-12/diplomatie-iran-urteil-anschlag-synagoge-beziehung> (letzter Abruf 03.01.2024).
- 17 Vgl. Michael Thaidigsmann, „Neue Iran-Sanktionen beschlossen – aber keine Terrorlistung der Revolutionsgarde“, *Jüdische Allgemeine*, 20.02.2023, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/neue-iran-sanktionen-beschlossen-aber-keine-terrorlistung-der-revolutionsgarde/> (letzter Abruf: 03.01.2024).
- 18 Vgl. Jean-Philipp Baeck, „Terrorlistung von Irans Revolutionsgarde: Hinters Rechtsgutachten geduckt“, in: *taz*, 18.12.2023.
- 19 Vgl. Mina Khani, „Wie Teheran mit Palästina Politik macht“, in: *ak*, Nr. 697, 17.10.2023.
- 20 Gast Arbeiterin, „Kurdische Geschichte im Iran“, *Renk Magazin*, 16.03.2023 <https://renk-magazin.de/kurdische-geschichte-im-iran/> (letzter Abruf: 03.01.2023).
- 21 Vgl. Karim Sadjapour, „Why the U.S. Assassination of Soleimani Is a Windfall for Iran's Mullahs“, *Time.com*, 09.01.2020, <https://time.com/5762017/iran-leader-soleimani-martyr-trump/> (letzter Abruf: 03.01.2024). 22 Ein Aufruf findet sich unter [https://www.instagram.com/p/C1mS4bttsBU/?utm\\_source=ig\\_web\\_copy\\_link](https://www.instagram.com/p/C1mS4bttsBU/?utm_source=ig_web_copy_link) (letzter Abruf: 03.01.2024).
- 23 Vgl. ebd. 24 Eine Aufnahme findet sich unter [https://www.instagram.com/reel/C1uWbfoqRkF/?utm\\_source=ig\\_web\\_copy\\_link](https://www.instagram.com/reel/C1uWbfoqRkF/?utm_source=ig_web_copy_link) (letzter Abruf: 03.01.2024).
- 25 Ausführlich dazu Fethi Benslama, *Was junge Menschen zur Radikalisierung treibt*, Berlin 2017.
- 26 Vgl. Alexandra Hawlin, „Wie die Hamas im Netz Propaganda betreibt“, *zdf heute*, 26.10.2023, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/propaganda-hamas-israel-social-media-100.html> (letzter Abruf: 03.01.2024).
- 27 Vgl. Jeffrey Gettleman/Anat Schwartz/Adam Sella, „Screams Without Words: How Hamas Weaponized Sexual Violence on Oct. 7“, *nytimes.com*, 28.12.2023, <https://www.nytimes.com/2023/12/28/world/middleeast/oct-7-attacks-hamas-israel-sexual-violence.html> (letzter Abruf 03.01.2024).
- 28 Physicians for Human Rights, „Gender-Based Violence as a Weapon of War during the October 7 Hamas attacks“, *phr.org.il*, 26.11.2023, <https://www.phr.org.il/en/gender-based-violence-eng/> (letzter Abruf: 03.01.2024).
- 29 Isabel Lerch, „Seit Hamas-Angriff: Deutlich mehr antisemitische Vorfälle“, *NDR.de*, 18.10.2023, <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Seit-Hamas-Angriff-Deutlich-mehr-antisemitische-Vorfaele,antisemitismus334.html> (letzter Abruf: 03.01.2024).
- 30 Vgl. Bundesverband RIAS e.V. (Hg.), *Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober*, Berlin 2023.
- 31 Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union, Durchführungsverordnung (EU) 2022/147 des Rates, 03.02.2022, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:L:2022:025:FULL> (letzter Abruf: 03.01.2024).
- 32 Vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat, „Vereinsverbote für ‚HAMAS‘ und ‚Samidoun‘“, Pressemitteilung, 02.11.2023.
- 33 Vgl. Amelie Botbol, „Global women's rights groups silent as Israeli women testify about rapes by Hamas“, *The Times of Israel*, 23.11.2023, <https://www.timesofisrael.com/global-womens-rights-groups-silent-as-israeli-women-testify-about-rapes-by-hamas/> (letzter Abruf 03.01.2024).
- 34 Siehe dazu auch den Beitrag von Alessandro Barberi in diesem Sammelband.
- 35 National Council of Jewish Women, „NCJW, Israel Women's Network, and 140+ Women's Organizations Call for Urgent Action – Response to UN Women's Statement of October 13“, 30.10.2023, <https://www.ncjw.org/news/ncjw-israel-womens-network-and-140-womens-organizations-call-for-urgent-action-response-to-un-womens-statement-of-october-13/> (letzter Abruf: 03.01.2024).
- 36 UN Women, „Press release: UN Women report reveals devastating impact of the crisis in Gaza on women and girls“, 20.10.2023, <https://www.unwomen.org/en/news-stories/press-release/2023/10/press-release-un-women-report-reveals-devastating-impact-of-the-crisis-in-gaza-on-women-and-girls> (letzter Abruf: 03.01.2024).
- 37 Anastasia Tikhomirova, „#MeToo unless you're a Jew – über fehlende Solidarität mit Jüdinnen“, *Edition F*, Dezember 2023, <https://editionf.com/israel-terror-sexualisierte-gewalt-solidaritat/> (letzter Abruf: 31.12.2023).
- 38 Vgl. Thomas Schmidinger, „Legalistischer Islamismus' als Herausforderung für die Prävention. Was tun, wenn Gewalt nicht das Problem ist?“, *bbp.de*, 17.12.2020, <https://www.bbp.de/themen/infodienst/322922/legalistischer-islamismus-als-herausforderung-fuer-die-praevention/> (letzter Abruf: 03.01.2024); WI-Talk: „Islamismus vs. Rechtsextremismus“, *werteinitiative.de*, 13.10.2022, <https://werteinitiative.de/wi-talk-islamismus-vs-rechtsextremismus/> (letzter Abruf: 03.01.2024).

# Damit aus der Menschheit noch etwas Vernünftiges werden kann

Am 29. Oktober 2023 veranstaltete in Berlin ein antifaschistisch-linksradikales Bündnis eine israel solidarische Kundgebung anlässlich des antijüdischen Pogroms der Hamas vom 7. Oktober. Während bis auf wenige Ausnahmen - z.B. eine Solidaritätsdemonstration in Wien - ein Großteil der radikalen Linken nach den Geschehnissen in Israel in schweigender Äquidistanz verharrte, beteiligten sich auf der anderen Seite weite Teile der antiimperialistischen Linken bundes- bzw. europaweit (und vor allem auch in den USA) rege an den spontanen massenhaften pro-palästinensischen Demonstrationen. In der Bundesrepublik waren und sind insbesondere die wiedererstarbten rot-autoritären Gruppen medial wie auf Straße Teil dieser antizionistischen Querfront, die seit dem 7. Oktober massiv Präsenz zeigt. Bündnisorientiertere Gruppen wie die Interventionistische Linke suchten mit der Forderung nach Waffenruhe angesichts der israelischen Gegenoffensive in Gaza und der Freilassung der Geiseln den innerlinken Kompromiss. Doch auch hier zeigte man vor allem Offenheit gegenüber antizionistischen Gruppen, eine Kritik des Antisemitismus blieb aus.

Der folgende Text ist eine leicht geänderte Version eines Redebeitrags der EAG von der Kundgebung am 29. Oktober, der den antisemitischen Normalzustand kritisiert.

## Von Emanzipative & Antifaschistische Gruppe [EAG]

Kaum 3 Tage, nachdem die Islamisten-Bande Hamas wahllos Menschen in Israel abgeschlachtet, vergewaltigt und gefoltert hatte, wollten die üblichen Berliner Antizionist\*innen in Solidarität mit dem „palästinensischen Widerstand“ durch Berlin marschieren. Dabei entlockte es ihnen kein Wort der Distanzierung zu den Angriffen. Und noch während der Hamas-Angriffe tagte im ND Gebäude in Berlin der sogenannte „Kommunistische Kongress“. Dort hieß es, dass der „palästinensische Kampf“ ein „leuchtendes Signal für den weltweiten Kampf gegen die Barbarei“ sei. Ebenfalls am 7. Oktober, dem Tag des Hamas-Massakers, veröffentlichte die trotzkistische Revolutionäre Internationalistische Organisation einen Artikel mit dem Titel „Palästinensischer Widerstand erschüttert Israel: Solidarität mit dem Befreiungskampf“. In Berlin

hijackten linke Unterstützer\*innen des palästinensischen Terrors, die marxistisch-leninistische Gruppe Young Struggle, eine Anti-Nazi-Demo, um dort ihre antizionistische Propaganda zu verbreiten. Auch die rote Frauengruppe Zora führte dieser Tage ihre ganz eigene Vorstellung von Feminismus vor: Während das Ausmaß der sexuellen Gewaltanwendung durch die Hamas deutlich wurde, erklärte Zora, dass die Befreiung Palästinas die Bedingung für die Befreiung der Frau sei und rief die Angriffe seit dem 7. Oktober als „lebendigen Widerstand“ aus.

Was sich hier am bizzaren Rand einer kontra-emanzipatorischen Linken abspielt, reicht in Wahrheit viel weiter. Die immer gleiche Selbstinszenierung als unterdrückte Stimme des antikolonialen Widerstands von Gruppen wie etwa

der Migrantifa, funktioniert als Narrativ, das seit vielen Jahren bis tief in den linksliberalen Mainstream Anklang gefunden hat und für die anhaltende Dämonisierung Israels sorgt. Daher greift auch die Forderung nach Schutz für Juden\*Jüdinnen, die angesichts des globalen Aufflammens antijüdischer Gewalt nun teils auch von linken Antizionist\*innen aufgestellt wird, zu kurz: Denn es sind eben die Gleichen, die ansonsten von der Aufklärung über den islamischen Antisemitismus nichts wissen wollen und sich stattdessen an der Hetze gegen Israel als vermeintlichen Apartheidsstaat und als zionistischen Siedlerkolonialismus rege beteiligen.

Eine progressive Palästina-Solidarität, die für Frieden mit Israel und den Kampf gegen Islamismus und Antisemitismus steht, scheint kaum je existent gewe-

sen zu sein. Die Palästina-Solidarität, wie wir sie auch aktuell hegemonial erleben, zeichnet sich vielmehr durch Kumpanei mit der antisemitischen Aggression der Hamas und ihren Verbündeten aus. Sie macht deutlich, dass es nur vordergründig um das humanitäre Leid der Palästinenser\*innen geht,

Ungeachtet der historischen Tragödien, die diese Liaison für die gesellschaftliche Emanzipation in der Vergangenheit gebracht hat, haben sich Berliner Antizionist\*innen jüngst wieder für eine strategischen Zusammenarbeit mit Islamit\*innen ausgesprochen.

Vielmehr scheint sie einer Zeit, in der der Judenhass eine Gelegenheit gefunden hat, sich um ein Vielfaches enthemmter zu äußern, wer auf diesen Zug aufspringt, gibt unverhohlen zu erkennen, was ohnehin immer schon klar war: Es geht nur vordergründig um das humanitäre Leid der Palästinenser\*innen, das schnellstmöglich zu beenden nicht erst eine linke, sondern eine humanistische Grundforderung ist.

Je weniger dabei die Zeiten für eine linke Revolution sprechen, desto grotesker wird es, wenn mit Revolutionsrhetorik rumgeprotzt wird. Was dabei bestenfalls der irrationalen Selbstbefriedigung kleiner Splittersekten dient, ist schlechtestenfalls Wiederholung und Verstärkung der regressivsten Momente

der kapitalistischen Gesellschaft. Einer Gesellschaft, von der sich die Allermeisten überhaupt kein Ende mehr vorstellen können, es sei denn, als Zerstörung der Menschheit und des Planeten überhaupt. Wer auf diesen Zustand der Tristesse nicht reflektieren mag, nicht um sich ihm zu ergeben, sondern um wirkliche Möglichkeiten seiner Beendigung zu erkunden, der greift nach irgendwelchen Wunschobjekten. Aber wie das so ist, ist das reale Objekt bei der Projektion ziemlich egal.

Das heißt Konkret: Auf welcher Seite stehen diese Linken, wenn sie auf der Seite des palästinensischen Volkes stehen, abgesehen davon, dass die Sache des Volkes noch nie eine gute kommunistische Angelegenheit war? Sie stehen - gerade im Kontext Gazas - auf der Seite eines hegemonial islamistischen Projekts, in dem Israel als Symbol für den verhassten Westen steht. Feindbild-Symbol für Demokratie, individuelle Freiheitsrechte und Gleichberechtigung. Als Jude unter den Staaten und als kleine Exklave umringt von ihren Glaubensbrüdern, ist Israel aber in den Augen der IslamistInnen auch klein und schwach genug, um beständig die Phantasie anzureizen, der Feind könne, mit einem Schlag, vernichtet werden und damit ein leuchtendes Symbol für die Wiederherstellung der einstigen Größe islamischer Reiche sein.

Darum darf die palästinensische Sache auf keinen Fall eine diplomatische Lösung finden, darum lassen sich radikalisierte Muslim\*innen weltweit adhoc in Wut auf die Straße bringen, um den palästinensischen Widerstand, die Intifada, und nichts anderes, zu fordern. Linke, die hiermit gemeinsame Sache machen, verkennen worum es geht oder ihnen ist ihr Revolutionsfetisch wichtiger, als das, wofür sie die Revolution machen. So oder so, mit ihnen ist keine gemeinsame Sache zu machen.

Die Einsamkeit emanzipatorischer Kommunist\*innen treibt nicht wenige in den Defätismus, in die bloße Verteidigung des bürgerlichen Rechtsstaates gegen die drohende Barbarei.

Dieser Defätismus ist zu kritisieren. Auch weil wir wissen, dass die bürgerlich-kapitalistische Demokratie nicht das Ende der Fahnenstange ist, sondern mit ihren notwendigen Krisen und Verwerfungen eine Bedingung dafür, dass es diese Faschisierung gibt. Aber die revolutionäre Perspektive lässt sich auch nicht einfach wie der Hase aus dem Hut zaubern. Als Antifaschist\*innen stehen wir heute hier, weil Antifaschismus heißt, die Bedingungen für die Emanzipation aufrechtzuerhalten - in dem Wissen, dass es anders sein könnte.

Das heißt: Für Israel, Kampf dem Faschismus und Islamismus, damit aus der Menschheit noch etwas Vernünftiges werden kann!

## Weitere Beiträge zur Debatte:

„Als „deutsches Phänomen“ bezeichnen antizionistische Strömungen innerhalb der radikalen Linken den Versuch, den antisemitischen Gehalt des Antizionismus zu kritisieren. Für sie ist Antisemitismus nicht der Fluchtpunkt eines gleichermaßen modernen wie antimodernen Weltbildes, das sich auch im Antizionismus wiederfindet, sondern schlicht eine Unterform des Rassismus oder ein Spaltungsinstrument der herrschenden Klasse. Die Kritik an Antisemitismus – sowie seinem Ausdruck im

Antizionismus – sei, so der Vorwurf, weniger das Resultat einer notwendigen Reflexion von Auschwitz als vielmehr ein Umgang mit dem Schuldkomplex, der gerade in Deutschland zu einem Philosemitismus, also einer irrationalen Zuneigung zu Jüdinnen und Juden, führe (Vgl. Demospruch: „Free Gaza from German guilt“).“

Broschüre als PDF auf:  
[adkr.noblogs.org](http://adkr.noblogs.org)



# Rede bei der Kundgebung „Gegen Antisemitismus und Islamismus“

Der Redebeitrag wurde bei der Bündniskundgebung am 7. Januar 2024 gegenüber der Universität der Künste Berlin gehalten.

Von Gruppe Achter Mai Berlin

Vielen Dank für die Einladung. Ich wurde gebeten, etwas zur Solidarität mit Israel zu sagen. Voraus schicken will ich, dass ich aus einer nicht-jüdischen, communistischen Perspektive spreche.

Ja: Warum Israel?

Ich glaube, 3 Dimensionen sind wichtig für eine linksradikale Israel-Solidarität:

- 1: die empathisch-historische Dimension
- 2: die staatskritische Dimension
- 3: die nicht-identitäre und bedingungslose Dimension

Kommen wir zuerst zur empathisch-historischen Perspektive. Während bis zum Zweiten Weltkrieg die zionistische Idee keine Mehrheit unter Jüdinnen\_Juden finden konnte, änderte sich dies mit dem deutschen Verbrechen. Warum war das so?

Zum Einen gab es einen antisemitischen Vernichtungswahn, der von einer ganzen Volksgemeinschaft getragen wurde. Dieses Vernichtungsprojekt wurde äußerst vehement und mit extrem vielen Ressourcen angegangen. Hätten die Deutschen dieses Vorhaben zu Ende führen können, würden heute weltweit keine Jüdinnen\_Juden mehr leben. So betrachtet sind alle heute lebenden Jüdinnen\_Juden Shoah-Überlebende.

Zum Anderen wurden die Jüdinnen\_Juden auch von der westlich-demokra-

tischen Welt weitgehend allein gelassen. Es gab keine besonders große Bemühungen, gezielt den Vernichtungsbetrieb zu stoppen. Und viele Jüdinnen\_Juden scheiterten bei ihren Fluchtversuchen an der z. T. antisemitisch inspirierten Flüchtlingsabwehr der meisten Staaten. Aus meiner Sicht ist es daher wichtig zu versuchen, sich empathisch in diese jüdische Perspektive und Erfahrung einzudenken. Das Leid nachzuvollziehen, das aus Verfolgung, Verstoßung, Vernichtung und Schutzlosigkeit resultierte, und das sich teilweise bis heute tradiert.

Die Voraussetzungen, dass sich eine solche Situation heutzutage wiederholt, sind ja leider nicht aus der Welt: der Kapitalismus wurde bekanntermaßen nicht abgeschafft. Antisemitismus existiert ebenfalls fort, wenn auch in anderen Formen. Es besteht daher die Notwendigkeit einer organisierten jüdischen Selbstverteidigung, um eine Wiederholung des Massenmordes zu verhindern. Israel ist dieses Projekt, was sich gegen den erneuten Versuch einer Auslöschung stellt.

Was bedeutet nun die staatskritische Dimension hinsichtlich der Israel-Solidarität? Das heißt: Israel ist eben auch ein stinknormaler Staat. Und Staaten sind nun einmal Apparate von autoritärer Machtausübung, von Unterwerfung und von Gewalt. In einer Welt aus Staa-

ten konnte der Zionismus logischerweise nur in staatlicher Form realisiert werden – mit all den damit leider auch verbundenen Konsequenzen: herrschaftliche Verfasstheit, nationale Mythen, Ausschluss der „Anderen“ durch Grenzziehung, Aufstellung von Polizei und Armee zur bewaffneten Sicherung des Territoriums etc. So gesehen zeichnet sich Israel durch einen Doppelcharakter aus: einerseits gewöhnlicher, herrschaftsförmig organisierter Staat. Andererseits Ort der politischen Emanzipation der Juden\_Jüdinnen und Instrument ihrer bewaffneten Selbstverteidigung.

Kommen wir zur dritten Dimension der Israel-Solidarität: nicht-identitär und bedingungslos. Klingt vielleicht martialisch. Es geht aber nicht um Nibelungentreue und Fahnenappell, im Gegenteil. Nicht-identitär bedeutet hier: Juden\_Jüdinnen sind nicht die per se besseren Menschen, die IDF ist keine „coole“ Antifa-Sportgruppe, und Israel ist nicht das neue Heimatland für vaterlandslose Gesellen. Es geht bei einer solchen Solidarität auch nicht um leckeren Hummus oder um das queere Nachtleben in Tel Aviv. Ob Israel nun die „einzige Demokratie im Nahen Osten“ ist und Minderheiten vorbildlich geschützt werden – oder ob es von einer rechten Regierung geführt wird, und auch dort der liberal-westliche Konsens erodiert: Antisemit\_innen interessiert

nicht das tatsächliche Verhalten der Juden. Das hat der 7. Oktober wieder drastisch gezeigt, wo mit den Kibbuzim und dem Supernova-Festival gerade der friedliebende Teil Israels attackiert wurde. Die andauernde Betonung hiesiger Linker, man distanzieren sich von der rechten Regierung oder von der Besatzung, ist daher in einem solchen Kontext deplatziert. Es ist so gesehen egal, ob Netanyahu oder sonstwer das Land regiert. Seinen Status als Schutzraum vor Antisemitismus behält der Staat unabhängig von der jeweiligen Regierung. Und eben jenem Schutzraum sollte linke Solidarität gelten. In diesem Sinne ist unsere Solidarität bedingungslos – sie stellt keine Bedingungen an das Verhalten der Israelis. Und sie erstreckt sich angesichts der mörderischen Drohung des Judenhasses auch auf die Notwendigkeit der militärischen Verteidigung.

Was bedeutet diese Haltung – empathisch und historisch, staatskritisch, nicht-identitär und bedingungslos – nun in der aktuellen Kriegslage? Es ist aus meiner Sicht unsinnig und unlogisch, zu leugnen, dass auch Israel Gewalt ausübt. Die Gewalt des Krieges muss nicht beschönigt werden. Das palästinensische Leid ist natürlich tatsächlich vorhanden. Es ist massiv und furchtbar. Juden

Jüdinnen philosemitisch zu überhöhen, als ob sie keine Verbrechen begehen könnten, ist falsch. Genau das wäre ja auch ein Doppelstandard, eine Idealisierung von Juden\_Jüdinnen. Die von der IDF ausgeübte Gewalt darf aber auch nicht dämonisiert werden: es ist ebenso ein Doppelstandard, wenn das Leid der Zivilbevölkerung in Gaza als Folge einer besonders grausamen israelischen Kriegsführung dargestellt wird. Das Vorgehen der IDF muss immer

in Relation zur Gewalt anderer Staaten gesetzt werden. Jeder bürgerliche Staat würde nach einem solch brutalen Massaker, nach einem solchen Angriff auf den Kern seines Selbstverständnis ähnlich vorgehen – oder sogar weit härter als die IDF.

Und die Gewalt der IDF muss immer auf die besondere Situation Israels rückbezogen werden: Israel ist der einzig jüdische Staat weltweit. Israel ist so groß wie Hessen. Israel hat ein Promille der Weltbevölkerung. Israel ist umgeben von mehr oder weniger feindseligen Nachbarstaaten, zudem kritisch beäugt von der Weltöffentlichkeit. Und Israel ist darüber hinaus auch ein Staat, dessen Gründungsprozess und damit verbunden die Ziehung seiner Außengrenzen immer noch nicht abgeschlossen ist. Dieser permanente, zu großen Teilen von außen erzwungene Ausnahmezustand führt eben immer wieder zu Gewalt.

Eine Position der Äquidistanz zwischen Israel und seinen Feind\_innen, wie sie etwa die Interventionistische Linke vertritt, macht daher keinen Sinn. Es ist ein weiterer Doppelstandard, dass Israel immer dann, wenn es auf einen Angriff reagiert, massenhaft kritisiert wird und ein Waffenstillstand gefordert wird. Solche Kritik zur Unzeit signalisiert letzten Endes: die Israelis sollten sich brav in ihr Schicksal fügen und sich opfern, wie es traditionell von Juden verlangt wird.

Die Solidarität mit Israel schließt die Kritik am Islamismus ein, wie es ja auch im Titel der heutigen Kundgebung heißt. Neben dem Islamismus sollten wir aber die Ablehnung Israels und die fehlende Empathie in der deutschen Mehrheitsgesellschaft stärker fokus-

sieren. Der angeblich pro-israelischen Staatsräson steht nämlich sehr wenig tatsächliche Unterstützung für Israel entgegen. Ob im Alltag, auf der Straße, in den Betrieben und Nachbarschaften: spontane Solidarisierung war nach dem 7. Oktober Mangelware. Es ist genau dieses dröhnende Schweigen und das mehr oder weniger offene Bejahen des Israelhasses, das die links-islamistische Querfront so wirkmächtig macht. Die Palästina-Demonstrierenden sind deutschlandweit gesehen relativ wenige, es sind ja keine Riesendemos. Sie werden bestärkt, weil sie auf „klammheimliche Zustimmung“ vieler hoffen können. Jenseits polizeilicher Repression erfahren sie sie kaum Widerstand aus der Mitte der Gesellschaft.

Wir müssen uns aber auch gegen eine rechte Pseudo-Solidarität mit Israel stellen, der es nur um eine weitere Gelegenheit für rassistische Hetze geht. Gegen solche reaktionären Trottel sollten wir auf eine kosmopolitisch orientierte Linke setzen, die auch Bündnisse mit iranischen und kurdischen Linken schließt.

Wir sind leider wenige, wir haben kaum gesellschaftlichen Einfluss. Lasst uns trotzdem die Kritik des Antisemitismus und Antizionismus in Deutschland so laut und offensiv wie möglich vortragen. Das ist unser wichtigster Beitrag, um Israel den Rücken freizuhalten. Denn würde Israel untergehen, wäre das nicht nur eine humanitäre Tragödie für Juden\_Jüdinnen. Es würde auch bedeuten, dass die Menschheit erneut in der Barbarei versinkt.

**Lange Rede, kurzer Sinn:  
was wir wollen ist nicht viel – Solidarität mit Israel!**

# Bleib modern. Der moderne Antisemitismus und seine islamisch geprägten Formen

Nicht nur extreme Ideologien zeichnen sich durch antisemitische Denkmuster aus: Studien verweisen seit Jahrzehnten auf die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in großen Bevölkerungsteilen weltweit. Es sind nicht nur Täter\*innen aus einem extrem rechten Milieu oder der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft, von denen antisemitische Gewalt ausgeht, sondern auch vermehrt welche aus arabischen und/oder muslimischen Teilen der Bevölkerung, die an antisemitischen Zwischenfällen beteiligt sind<sup>1</sup>.

Von René Haack

Oft stößt man in den öffentlichen aber auch fachlichen Debatten bezüglich des islamischen und muslimischen Antisemitismus auf Verunsicherung, Zurückhaltung aber auch auf kulturell relativistische Verharmlosung oder rechte Instrumentalisierung.

Die Problematik beginnt schon mit der begrifflichen Bestimmung. Wenn von einem islamistischen Antisemitismus die Rede ist, dann bezieht sich dieser dezidiert auf einen Antisemitismus von Bewegungen und Personen, die einer islamistischen Weltanschauung anhängen. Beim Begriff des arabischen Antisemitismus werden zwar auch nichtmuslimischen Menschen aus arabischen Gesellschaften berücksichtigt, doch erfasst er durch seinen ethnischen Fokus auch nur einen Teil des Phänomens. Wenn von einem islamisierten Antisemitismus gesprochen wird, impliziert dies den Verweis auf die Ursprünge von antisemitischen Stereotypen aus dem christlichen Europa<sup>2</sup>. Bei der Rede vom islamischen Antisemitismus wird der Islam als Hauptbezugspunkt für Antisemitismus fokussiert und Begründungszusammenhänge von Antisemitismus

und islamischem Glauben betont. Allerdings speist sich der Antisemitismus bei vielen Muslim\*innen nicht direkt aus der Religion. Mit der Verwendung von muslimischem Antisemitismus werden hingegen die Träger\*innen der antisemitischen Ideologie fokussiert. Dieser Antisemitismus kann unterschiedliche ideologische Quellen haben, aber ihm liegt maßgeblich eine Interpretation einer eigenen muslimischen »Identität« zugrunde<sup>3</sup>. Eine scharfe Trennlinie ist allerdings nicht ohne weiteres möglich, da sich die Phänomene stark überlappen.

In der Auseinandersetzung mit islamischen Formen des Antisemitismus hierzulande darf der Kontext der Migrationsgesellschaft und somit diskriminierende Mechanismen und Strukturen nicht ausgeblendet werden. Während in vielen islamisch dominierten Ländern islamistische Ausprägungen des Islams als Herrschaftsideologie fungieren und Muslim\*innen die Mehrheit gegenüber anderen marginalisierten Gruppen darstellen, sind viele Muslim\*innen außerhalb der muslimischen Welt von struktureller Diskriminierung und ge-

sellschaftlicher Stigmatisierung betroffen. Nicht selten sind Debatten im bürgerlichen Kontext über die Gruppe »der Muslime« von kulturalistischen Generalisierungen und Abwertungen geprägt. Im politisch rechten Spektrum fungieren sie als vereinheitlichte Feindbildgruppe für unterschiedliche Probleme. Eine einseitige Problemzuweisung des Antisemitismus an eine homogenisierte Gruppe birgt deshalb die Gefahr, Diskriminierungsmechanismen zu verstärken. Die »Islamisierung der Debatten« (Tiesler)<sup>4</sup> sorgte für die Deutung sozialer Probleme primär nach religiösen Mustern. Der ressentimentgeladenen Thematisierung des Antisemitismus unter Muslim\*innen durch die Rechte und Teilen der Mehrheitsgesellschaft kommt die Funktion einer Exkulpations- und Externalisierungsstrategie zu.

Mit Detlev Claussen liese sich aufschlüsseln, dass moderne Gesellschaften als strukturell antisemitisch zu begreifen sind<sup>5</sup>. Der Antisemitismus ist deshalb nicht als Vorurteil, sondern als spezifische Denkstruktur zu fassen, die sich die Welt selbst entwirft. Er dient als umfassendes Erklärungsmodell für

die modernen Gesellschaftsverhältnisse und entspringt diesen, nach Moïse Postone, als spezifische Denkform. Im modernen Antisemitismus verbindet sich eine fetischisierte Wahrnehmung des Kapitalismus mit der Vorstellung von jüdischer Macht<sup>6</sup>. In seiner kulturellen Dimension sucht der Antisemitismus in den Juden die Ursache für den angenommenen Werteverfall sowie die Auflösung traditioneller Geschlechterverhältnisse und Familienstrukturen. Der antisemitische Erklärungsversuch greift zurück auf die Personifizierung gesellschaftlicher Verhältnisse, auf manichäische Vorstellungen sowie auf die Konstruktion eines bedrohten Kollektives (Volk, Umma) als Gegenentwurf zur modernen Gesellschaft.

Der moderne Antisemitismus, somit auch der islamische, sind nur mit der Betrachtung ihrer gesellschaftlichen Grundlage zu verstehen. Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen moderner Subjektform und antisemitischer Weltdeutung. Nur so ist es erklärbar, dass sich antisemitische Stereotype mit europäischem Ursprung so stark in der arabischen Welt und darüber hinaus im 19. und 20. Jahrhundert verbreiten konnten und bis heute so virulent sind. Deshalb lässt sich anhand der Inhalte und Bilder des islamischen und muslimischen Antisemitismus ablesen, dass es sich um moderne Phänomene handelt, in denen die Erfahrung der modernen Vergesellschaftungsprozesse projektiv-pathisch verarbeitet werden.

Einen islamischen Antisemitismus im

modernen Sinne oder vergleichbar mit dem christlichen Antijudaismus und seiner massiven Judenverfolgung gab es so nicht. Doch waren auch dort Jüdinnen\*Juden als sogenannte Dhimmis diskriminierte Minderheiten. Mit Recht schreibt Samuel Salzborn daher, dass antijüdische Ressentiments zum Teil zur religiösen Architektur des Islam gehören<sup>7</sup>. Die vormoderne islamische Welt kannte im Vergleich zur christlichen jedoch nicht die jüdenfeindliche Angst vor einer jüdischen Verschwörung oder einer diabolischen Bösartigkeit, die sich z.B. in der Brunnenvergiftungs-Fantasie und in der Vorstellung, die Pest sei von Jüdinnen\*Juden verursacht, äußerte. Feindschaft und Gewalt, auch in Form von Pogromen gegen Jüdinnen\*Juden waren der islamisch geprägten Welt trotzdem nicht fremd (Küntzel)<sup>8</sup>. Sie steigerten sich jedoch nur selten über zeitlich und örtlich begrenzte Fälle hinaus, während im europäischen und östlichen Raum, Pogrome in erschreckender Regelmäßigkeit auftraten.

Der Beginn der Moderne in der islamischen Welt im 19. und 20. Jahrhundert ist gekennzeichnet von Krisen sowie Reform- und Gegenbewegungen. Sie entstanden vor dem Hintergrund der Expansion europäischer Kolonialmächte und damit der Integration in den kapitalistischen Weltmarkt. Auch in vielen islamischen Gesellschaften sorgte die Modernisierung für eine beginnende Auflösung religiöser Herrschaft, Familien- und Sozialstrukturen und entlies die Einzelnen in die Konkurrenz der nun

nationalstaatlich verfassten Verwertung. Durch die Verflechtung der Moderne mit dem Kolonialismus standen die Menschen nun unter dem Einfluss von Ideologien, Kulturgütern, Denk- und Lebensformen aus dem Westen. Das Vordringen des Westens in den Orient hat damit auch zur Verbreitung jüdenfeindlicher Stereotype gesorgt. Die im Westen entstandenen Formen des Antisemitismus konnten an den schon existenten islamischen Antijudaismus anknüpfen. Im Kontext der Kolonialisierung und christlicher Missionierung fanden Auffassungen wie die Legende vom jüdischen »Ritualmord« ab Mitte des 19. Jahrhunderts immer mehr Verbreitung. Die westliche Moderne basierte auf der Ausbeutung anderer, nicht-westlicher Gesellschaften. Die Unterdrückung und Erfahrung des Kolonialismus und mit ihm die Brandmarkung des Islam, des »Orients« und seiner BewohnerInnen als rückschrittlich und als das »Andere«, hat sich im kollektiven Gedächtnis eingeschrieben. In vielen Teilen der kolonisierten Regionen kam es zu Gegenbewegungen, die die koloniale Herrschaft, aber auch die Reformbewegungen bekämpften und »den Islam« und eine »islamische Identität« als Gegenmodell zum Westen konstruierten. Dazu gehörten der panarabische Nationalismus und der Islamismus, beide Träger und massive Verbreiter eines aggressiven Antisemitismus. Die Moderne hat somit ihre eigene Gegenbewegung hervorgebracht. Dieser Antimodernismus beinhaltet, nicht nur im Westen,

sondern auch in der arabisch-islamischen Welt, einen ausgeprägten Antisemitismus. Die Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung erzeugten krisenhaft erfahrene Modernisierungsphänomene, die als Bedrohung für zentrale traditionell-kulturelle und ethisch-moralische Normen der eigenen Gemeinschaft wahrgenommen wurden. Im Antisemitismus formiert sich ein Moment der Krise islamisch geprägter Gesellschaften. Dabei verschmelzen als endogenes Element der Antijudaismus der islamischen Tradition, mit jenem exogenen Element, der antisemitischen Vorstellungen aus Europa. Der islamische Antisemitismus ist einerseits Ausdruck des eigenen kulturellen Erbes, kann aber andererseits nicht ohne den christlichen und modernen Antisemitismus gedacht werden, welche in einem Prozess der Akkulturation Eingang in die islamische Welt fand. In diesen Vorstellungen gleichen sich der moderne europäische und der moderne islamische Antisemitismus. Der Antisemitismus ist, wie Dan Diner es formulierte, eine »Pathologie der Moderne«<sup>9</sup> und in allen politischen und religiösen Lagern identifizierbar. In ihm drückt sich eine umfassende Klage gegen die moderne Gesellschaft und gegen den Zerfall der vermeintlich harmonischen und authentischen, traditionellen Lebensformen aus.

Das Zentrum der aggressivsten Formen des Antisemitismus hat sich, wie Goldhagen es formulierte, nach der Niederlage des Nationalsozialismus in die islamisch geprägte Welt verlagert<sup>10</sup>. Der moderne Antisemitismus ist zwar im Westen entstanden, doch die ihn bedingenden Strukturen haben sich globalisiert. Heute ist Antisemitismus besonders in arabischen und islamischen Ländern Teil der kulturellen Normalität geworden<sup>11</sup>. Menschen, die in diesen Ländern durch mediale, schulische und familiäre Sozialisation antisemitische Deutungsmuster internalisiert haben, werden sie bei ihrer Migration nicht einfach abwerfen. Auch wirken diese Prägungen und Ideologeme transgenerational in der Diapora fort. Die jüngste Repräsentativerhebung letzten Jahres vom Allensbach Institut zu diesem Aspekt, konstatiert deutlich, dass »das Meinungsbild gegenüber Juden unter

den in Deutschland lebenden Muslimen deutlich kritischer [ist] als in der Gesamtbevölkerung. Die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage bestätigen, dass antisemitische Stereotype und Ressentiments in dieser Bevölkerungsgruppe durchgängig deutlich stärker vertreten sind als im Bevölkerungsdurchschnitt.«<sup>12</sup> Deutlich macht die Studie, dass ein starker Zusammenhang zwischen antisemitischen Einstellungen und einer negativen Haltung zu Israel besteht<sup>13</sup>. Die kritische Aufmerksamkeit sollte deshalb nicht nur dem islamistischen Antisemitismus gelten, sondern sich auch dem Antisemitismus unter der Mehrheit der Muslim\*innen widmen, die nicht Anhänger\*innen islamistischer Ideologien sind und unter denen Antisemitismus eine unhinterfragte Norm geworden ist. Antisemitismus unter Muslim\*innen/Araber\*innen kann, muss aber nicht immer islamistisch oder islamisch-theologisch sein. In den meisten Ausprägungen ist er eine ideologische Reaktionsform auf die Moderne und zeigt deutliche Parallelen zum rechten, linken und bürgerlichen Antisemitismus in Europa. Für die Genese und die richtige Kontextualisierung ist es wichtig, einen Blick auf die Durchsetzung der Moderne in der MENA-Region, in Form von Kolonialismus, Dekolonialisierung und Modernisierungsdiktaturen, zu werfen. Für das Verständnis ist nicht nur der traditionelle islamische Antijudaismus zu berücksichtigen, sondern auch die Entstehung des Panarabismus und Islamismus als moderne antimoderne Phänomene mit antiwestlicher Stoßrichtung. Der Antisemitismus islamischer Prägung ist weder ohne den europäischen Antisemitismus noch ohne die Einflussnahmen aus dem Westen erklärbar. Durch Import und Islamisierung des Antisemitismus von christlichen Missionar\*innen und den Nationalsozialist\*innen konnte sich der moderne Antisemitismus in der MENA-Region entwickeln. Durch hinzutretende Faktoren, wie dem Nahostkonflikt, einer muslimischen Kollektividentität, Sozialisation in den Herkunftsländern, ihrer kulturellen Codes/Narrative und der islamistischen/nationalistischen Ideologie, hat der Antisemitismus eine besondere Aggressivität, massive Verbreitung erfahren und

hat an Gefahrenpotenzial zugenommen. Davon zeugen nicht nur die antisemitischen Vernichtungsdrohungen durch Islamist\*innen sondern auch die Erhebungen über die Bedrohungslagen für Jüdinnen\*Juden und Studien über antisemitische Einstellungen unter Muslim\*innen.

Angesichts dessen sind wir mit der doppelten Anforderung konfrontiert, ethnisierende Zuschreibungen und kulturalistische Ressentiments gegen Muslim\*innen nicht zu verschärfen und trotzdem den verbreiteten und nicht selten aggressive Antisemitismus unter Muslim\*innen adäquat zu thematisieren.

1 Enstad, Johannes Due (2017): Antisemitic Violence in Europe, 2005-2015. Exposure and Perpetrators in France, UK, Germany, Sweden, Norway, Denmark and Russia, Center for Studies of the Holocaust and Religious Minorities, Center for Research on Extremism, University of Oslo.

2 Ausgeblendet werden kann dabei, dass auch der Antisemitismus in islamischen Gesellschaften an eine eigene Geschichte des Antijudaismus anknüpfen konnte. Weiterhin werden damit antisemitische Einstellungen ausgeklammert, die bei säkularen Zusammenhängen und Personen auftreten.

3 Nach Günther Jikeli verhindert dies eine pauschale Zuschreibung von Antisemitismus auf alle Muslim\*innen oder dem Islam als Ganzes. Jikeli, Günther (2010): Überlegungen zur Bewertung von Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland, in: transversal – Zeitschrift für jüdische Studien, (1), S. 15-28.

4 Tiesler, Nina Clara (2007): Europäisierung des Islam und Islamisierung der Debatten, in: APuZ 26–27/2007, S. 24-32.

5 Claussen, Detlev (1987a): Vom Judenhass zum Antisemitismus.

6 Die Grundlage des ökonomischen Ressentiments im modernen Antisemitismus liegt in der verschleierte vorkapitalistischen Wirtschaft. Auf psychische und triebtheoretische Ursachen kann hier nicht weiter eingegangen werden. Die wahrnehmungs- und massenpsychologischen Aspekte der pathischen Projektion, der projektiven Feindbildung sowie ihr Aufgehen in einer Masse können für das spezifisch Destruktive des Antisemitismus Erklärungsansätze liefern.

7 Salzborn, Samuel (2018): Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. Weinheim, Basel: Beltz Juventa Verlag, S. 120f.

8 Küntzel, Matthias (2004): Von Zeesen bis Beirut. Nationalsozialismus und Antisemitismus in der arabischen Welt, in: Rabinovici, Doron/ Speck, Ulrich/ Sznaider, Nathan (Hg.) (2004): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Suhrkamp, Frankfurt, S. 271-293; S. 277

9 Diner, Dan (2004): Der Sarkophag zeigt Risse. Über Israel, Palästina und die Frage eines »neuen Antisemitismus«, in: Rabinovici, Doron /Speck, Ulrich /Sznaider, Natan (Hg.) (2004): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Suhrkamp, Frankfurt, S. 310-329; S. 324.

10 Goldhagen, Daniel Jonah (2004): Die Globalisierung des Antisemitismus, in: Rabinovici, Doron /Speck, Ulrich /Sznaider, Natan (Hg.) (2004): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Suhrkamp, Frankfurt, S. 93-100.

11 Anti-Defamation League (2015): ADLGlobal100, unter: <http://global100.adl.org>.

12 »So meinen 54 Prozent der Muslime, dass Juden ihren Opferstatus ausnutzen, 49 Prozent, dass Juden zu viel Macht in der Wirtschaft haben, 47 Prozent halten Juden für reicher als den Durchschnitt der Bevölkerung; fast jeder Zweite empfindet zudem den Einfluss von Juden im Bereich der Medien bzw. in der Politik für zu groß.« AJC Berlin (2022): Antisemitismus in Deutschland. Eine Repräsentativumfrage.

13 Die zweite Gruppe, die übrigens im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hohe Zustimmungswerte erzielte, ist die Gruppe der AfD-Wähler\*innen. Wie die Umfrage auch belegt, ist Antisemitismus nicht allein ein Problem in muslimischen Kontexten.

Der Artikel basiert auf einem Vortrag, der bei der 2. Interdisziplinären Antisemitismustagung für Nachwuchswissenschaftler:innen der Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung (IIA) am 14.10.2022 an der Universität Trier gehalten wurde.

The background is a teal watercolor wash with a textured, slightly grainy appearance. Faint, dark teal silhouettes of people are visible, particularly in the upper and right portions of the page. The overall aesthetic is artistic and minimalist.

**Emanzipative & Antifaschistische  
Gruppe - EAG Berlin**  
[eag-berlin.tem.li](http://eag-berlin.tem.li)